

3 Die Entwicklung im 20. Jahrhundert bis zum Ende der jüdischen Gemeinde 1942

Der 1. Weltkrieg und seine Auswirkungen

Betrachtet man die Situation der Juden um die Jahrhundertwende, könnte man zu dem Schluss kommen, dass die Schleusinger Nichtjuden nach Jahrhunderten des gemeinsamen Zusammenlebens nun endlich ein positives Verhältnis zu den zum Teil seit Generationen in der Stadt lebenden und arbeitenden Juden aufgebaut hätten. So wurde den jüdischen Bürgern die Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen gewährt. Der Vorsteher der jüdischen Gemeinde Louis Mayer engagierte sich als Kassenführer für den „Sammel-Verein für wohlthätige Zwecke“.¹ Dieser Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, alles Verwertbare zusammenzutragen, um es zu gegebenem Anlass an Bedürftige zu verteilen. Der Vorstand bildete sich aus den Honoratioren der Stadt.² Julius Daniel war Mitglied des Fechtvereins „Thuringia“ Schleusingen, Hermann Lang erfolgreiches Mitglied der privilegierten Schützengilde³ und Gustav Götz ritt seinen Hannoveraner im Pferdesport-Verein⁴. Auch halfen die Juden mit Legaten und Spenden⁵ – unabhängig von der Religion – und unterstützten die Vorhaben der Stadt. Im „Henneberger Kreisblatt“ zeugen eine Vielzahl an Artikeln von einem gemeinsamen Miteinander.

Die intensiven Bemühungen der Juden, der angehörigen Nation zu beweisen, dass das eigene Judentum nicht im Widerspruch zur nationalen Treue und Pflichtbereitschaft stand, werden vom Historiker Friedrich Battenberg als „Überkompensation“⁶ bezeichnet. Sowohl die Gründung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, der in der Weimarer Republik eine besondere Rolle spielte, als auch der Einsatz der jüdischen Kriegsteilnehmer im 1. Weltkrieg

¹ Vgl. HBK vom 1.10.1881, S. 4.

² Es sind der Bürgermeister Thielow, der Kreisphysikus Dr. Lorentzen, der Fabrikbesitzer Schwarze und der Oberlehrer Dr. Franke, die sich in diesem Verein gemeinsam engagierten.

³ Die vier Juden Moritz und Joseph Liebmann, Gustav und Isaak Daniel sind bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts Mitglieder der Schützengilde Schleusingen. Fotos mit den Eintrittsdaten befinden sich am Schießstand des Schützenvereins in Schleusingen, Turnhalle Schützenstraße.

⁴ Vgl. Brief von Meinhard/Marvin Götz an die Verfasserin vom 13.12.1996.

⁵ Das erste Legat „haben 10 hießige Einwohner jüdischen Glaubens, Louis Meyer und Cons., zum Andenken an das am 15. Oktober 1840 stattgefundene Geburts- und Huldigungsfest Sr. Majestät des Königs Friedrich Wilhelm IV. gestiftet“, um es „an hießigen Orts ohne Unterschied der Religion verteilen zu lassen“. Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 828/1. Ein weiteres Legat von 150 Mark stifteten die jüdischen Schleusinger 1895 zur Unterstützung hilfsbedürftiger Witwen. Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Schleusingen für die Jahre 1895–1899, S. 100. Das dritte Legat ist die „Dr. Heßberg'sche Stiftung“ in Höhe von 3000–5000 M. Vgl. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Schleusingen für die Jahre 1905–1909, S. 90. Als 1865 um „freiwillige Beiträge für eine Krankenanstalt“ im HBK gebeten wurde, spenden ebenso die jüdischen Schleusinger insgesamt 7 Thaler und 94 ½ Silbergroschen. Im gleichen Zusammenhang stehen die „Neujahrsglückwünsche“ im HBK von 1921, 1923, 1925 und 1927, bei denen eben auch jüdische Geschäftsleute genannt werden, die Geld an die Armenkasse der Stadt spendeten, für das sich der Magistrat bedankte.

⁶ Battenberg, Friedrich (2000), Bd. 2, S. 244.

zeigte die über die Maßen große Anteilnahme⁷ am Vaterland. Wie ihre nichtjüdischen Mitbürger⁸ sahen sich die Juden der Stadt auch als deutsche Patrioten. So ist bekannt, dass eine Anzahl von Soldaten aus Schleusingen und den umliegenden Dörfern unter dem jüdischen Unteroffizier Theobald Götz in Waren (heute Flugplatz Köln/Bonn) gedient haben⁹. Götz erhielt für seinen Einsatz im Krieg das Eiserne Kreuz 2. Klasse.¹⁰ In seinem Wohnzimmer soll ein Reiterstandbild, in das sein Selbstporträt eingearbeitet war, gehangen haben – Ausdruck des Stolzes über seine Teilnahme am 1. Weltkrieg.¹¹ Auch verschiedene Porträtfotos von ihm mit seiner Familie zeigen ihn mit dem Ehrenkreuz.¹²

Wie Götz erhielt Justin Liebmann ebenfalls das Eiserne Kreuz 2. Klasse für besondere Verdienste.¹³ Der Kaufmann Harry Lang zog sich während eines Einsatzes im 1. Weltkrieg eine Senfgas-Vergiftung zu, die seine Gesundheit nachhaltig beeinträchtigte.¹⁴ Nathan Frankenberg war nach Aussagen seines Sohnes Henry mit seinem Regiment als Koch in Frankreich.¹⁵ Der Kaufmann Max Stern, der in der Bahnhofstraße 4 sein Geschäft hatte, geriet im August 1915 in Russland in Gefangenschaft und kam erst am 18. Juni 1918 wieder nach Schleusingen zurück.¹⁶ Karl Müller, einer der Geschäftsführer des Modehauses „Müller und Schwab“ in der

⁷ **Battenberg** erläutert das Phänomen der „Überkompensation“ im 1. Weltkrieg und die Ernüchterung danach. Vgl. a.a.O., S. 244–246. Vgl. dazu auch **Schatzker, Chaim** (1988), S. 223–225. Er stellt fest, dass der Militärdienst als eine „der höchsten Stufen der Sozialisation des Bürgers in seinen Staat“ erachtet würde. Grund dafür sei der Einsatz des eigenen Lebens für das Wohl der Gesamtheit. Damit fände eine Identifizierung des einzelnen mit dieser Gemeinschaft statt. Deshalb sahen nach seiner Einschätzung gerade die deutschen Juden „in ihrem Bestreben nach Sozialisation ins Deutschtum“ im Militär das Mittel zur Legitimation ihrer Ziele. Er gibt drei verschiedene Ebenen an, die dazu beitragen, dass für Juden im Militärdienst ein zum Judentum „rücksozialisierender Prozeß“ stattfände. Dazu unterscheidet er die konfessionelle Ebene (als Zurücksetzung der Juden hinter den christlichen Soldaten), die persönliche und gruppenspezifische Ebene (als Ausgrenzung des einzelnen bis zu von Vorgesetzten und Kameraden gedeckten feindseligen Handlungen gegen Juden) und die Ebene der militärischen Karriere (als Verweigerung der Beförderung von Juden in höhere Dienstgrade, insbesondere als Reserve-Offiziere). Als Höhepunkt der Enttäuschungen der Juden in ihrem Integrationsbestreben sieht er die Judenzählung im Heer. Vgl. dazu auch **Battenberg** (2000), Bd. 2, S. 245 f. Das Ergebnis der statistischen Erhebung im Oktober 1916 zeigte ein für Antisemiten ungünstiges Bild, das letztlich auch nicht veröffentlicht wurde. Vgl. auch **Grab, Walter**: Der preußisch-deutsche Weg der Judenemanzipation. In: **Bautz, Franz J.**: Geschichte der Juden. München 1987, S. 140–164.

⁸ Die Zahl der Kriegsteilnehmer aus Schleusingen betrug insgesamt 1000, von denen 101 gefallen sind, 8 als vermisst gelten. 55 waren in Gefangenschaft geraten, 16 wurden schwer verwundet und 36 leicht. Vgl. HBK vom 8.10.1921, S. 4.

⁹ Erinnerungen von Herrn P. (Breitenbach) an seinen Großvater Oskar Müller, der als einer unter Götz gedient hat. Zeitzeugenaussage am 19.03.2010 von Herrn P. telefonisch an die Verfasserin. Dass Götz bereits von 1902–1903 in Kassel gedient hatte: Vgl. ThStA Gotha, Akte: 780, Passwesen: „Staatsangeh.-Ausweis für Theobald Götz, geb. 19.5.1880 in Schl., zur Eheschließung, von 1902 bis 1903 im 11. Train-Bataillon in Cassel gedient, sonst immer hier wohnhaft, Antrag vom 17.6.1913“.

¹⁰ Vgl. HBK vom 13.01.1917, S. 4.

¹¹ Zeitzeugenaussage von Herrn S. (Schleusingen) vom 5.06.1997 an die Verfasserin.

¹² Fotos im Besitz der Verfasserin.

¹³ Vgl. HBK vom 13.04.1917, S. 4.

¹⁴ Zeitzeugenaussage von Ernest Lang über seinen Vater am 6.11.2008 an die Verfasserin.

¹⁵ Zeitzeugenaussage von Henry Frankenberg am 8.11.2008 an die Verfasserin.

¹⁶ Max Stern sendete aus seiner Gefangenschaft in Ost-Sibirien über das HBK Neujahrswünsche an die Schleusinger Bürger. Vgl. HBK vom 5.01.1917, S. 4.

Bahnhofstraße 2, soll ebenfalls seinen Kriegsdienst geleistet haben.¹⁷ Auf die Verdienste von Benno und Herbert Koppenhagen wird im Kapitel 3.4 eingegangen. Somit dienten alle wehrfähigen jüdischen Männer der Stadt im 1. Weltkrieg.

Obwohl der Historiker Friedrich Battenberg feststellt, dass in den Jahren der Weimarer Republik organisatorische und institutionelle Erfolge dazu beitrugen, die Stellung der Juden innerhalb der Reichsverfassung zu festigen und insbesondere der Artikel 136¹⁸ der Reichsverfassung vom 11. August 1919 nochmals die Freiheit der Ausübung bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte der Juden, unabhängig vom Religionsbekenntnis, bekräftigte, waren antisemitische Aktionen in Schleusingen an der Tagesordnung. Auf den amtlichen Seiten als auch auf den Lokalseiten des „Henneberger Kreisblattes“ sind ab 1919 Berichte über Diffamierungskampagnen, Sachbeschädigungen und Diebstähle nachzulesen. So prangerte Edmund Seidler¹⁹, ein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, in einem Artikel vom 6. Dezember 1919²⁰ an, dass es sich der Deutsche Schutz- und Trutzbund „gegenwärtig etwas kosten“²¹ ließe und keine Mühe scheute, „auch der heißen jüdischen Geschäftswelt Abbruch zu tun“²². Er erläuterte die Vorgehensweise des Bundes:

„Sudelschriften, wie z. B. ‚Kauft nicht bei Juden und nicht in ihren Warenhäusern‘ werden von diesem lichtscheuen Gesindel an die Schaufenster der Juden geklebt [...] Die heiße Behörde sollte diesem Unfug ganz energisch zu Leibe rücken, damit auch den steuerzahlenden Juden und Staatsbürgern das gleiche Recht wie den Nichtjuden eingeräumt wird.“²³

Seidler machte dem Schleusinger Leser klar, dass die Mitglieder des Deutschen Schutz- und Trutzbundes, die

„Herrschaften [sind, die] es vor und während des Krieges getan haben. [...] Dieses gewohnte antisemitische Verfahren ist es, das gebrandmarkt werden muß, denn das ist nicht Aufklärung, sondern Brunnenvergiftung schlimmster Art.“²⁴

Mit dem Adjektiv „gewohnte“ mahnte er die Beständigkeit des Handelns an und forderte zu Reaktionen dagegen auf. Die „Erwiderung“²⁵ des Schutz- und Trutzbundes²⁶ durch den

¹⁷ Zeitzeugenaussage von Herrn S. (Schleusingen) vom 5.06.1997 an die Verfasserin.

¹⁸ Reichsgesetzblatt 1919, S. 1375 f.: „Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt. Der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Ämtern sind unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren [...]. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.“

¹⁹ Gegen Seidler (und damit indirekt auch gegen seine Partei) setzte 1920 eine Diffamierungskampagne ein. Ihm wurde Unterschlagung unterstellt und mit einem Monat Gefängnis gedroht. Im HBK vom 18.01.1920, S. 3 erschien seine Richtigstellung.

²⁰ Vgl. HBK vom 6.12.1919, S. 3.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Vgl. HBK vom 9.12.1919, S.4.

Fabrikanten Anton Kettembeil gipfelte in der Behauptung, die Juden wären die Ursache für den verlorenen Krieg und die Aufgabe des Bundes bestünde im „Kampf gegen die jüdische Vorherrschaft“²⁷, er drohte mit weiteren Aktionen. Auch legte er die antisemitische Sicht des Deutschen Schutz- und Trutzbundes offen, die später als zentrale Triebkraft für den Holocaust diente: die Gleichsetzung der Juden mit dem Unglück der Deutschen – Symbol allen Übels²⁸. Als Reaktion darauf erschien ein Artikel des Mitgliedes der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), Herrn Griebel, der die Lügen des Bundes versuchte zu entlarven²⁹. Dass der Schutz- und Trutzbund seine Arbeit fortgesetzt hat, zeigt die Frage eines unbenannten „Anhänger der Deutschen Demokratie“³⁰ im Juni 1920 im „Henneberger Kreisblatt“, ob das „Aufkleben von antisemitischen und anderen wahlagitatorischen Zetteln“³¹ an Schaufensterscheiben und Häuserfronten nicht durch ein polizeiliches Verbot verhindert werden könnte. Der Verfasser setzte sich außerdem für diejenigen Juden der Stadt ein „die ihre Pflicht gegen ihr Vaterland teils sogar kriegsfreiwillig erfüllt haben und heute noch vielleicht besser erfüllen, als Kreise unseres Volkes“³² und hob besonders deren soziales und politisches Engagement hervor.

Das Modehaus in der Bahnhofstraße 2, in das die beiden jüdischen Geschäftsleute Karl Müller und Oskar Schwab eingemietet waren, war eines der ersten nachweislichen Ziel solcher antisemitischen Aktionen nach dem 1. Weltkrieg. Im November 1920 setzte der „Agent der Schlesischen Feuer- und Glasversicherungsgesellschaft“ und Besitzer des Hauses, Wittich, eine Belohnung für die Überführung der Täter aus, die eine Scheibe eingeworfen hatten.³³

Dass sich die Haltung gegen Juden auch in anderen Teilen Deutschlands verschärfte und diese damit in Schleusingen keine Besonderheit darstellte, kann man einem Lagebericht der Münchner Polizei vom 20. August 1921 entnehmen, in dem es heißt: „Die Stimmung zu Judenpogromen greift nach übereinstimmenden Berichten aus *allen Teilen* des Landes systematisch um sich“³⁴.

²⁶ Wie **Battenberg, Friedrich** (2000), Bd. 2, S. 237 f. darstellt, war der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund aus dem Alldeutschen Verband hervorgegangen und dessen Traditionen fortsetzend, wurde er in dieser Zeit der wichtigste Träger von antisemitischer Agitation. Als Hauptaufgabe sah es der Bund an, über die angebliche jüdische Gefahr aufzuklären. Obwohl er nur wenige Jahre existierte, „ist seine Bedeutung als Kontinuitätsträger und Multiplikator antisemitischen Gedankenguts aus der Kaiserzeit ganz erheblich“. Wie **Messerschmidt, Manfred** (1996), S. 54 feststellt, hatte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund als „Bündelung der antisemitischen Gruppierungen“ 1920 schon über 100.000 und 1922 etwa 200.000 Mitglieder. Auf die verhängnisvolle Rolle des Alldeutschen Verbandes in der Vorgeschichte des „Dritten Reiches“ geht **Rainer Hering** in seinem Werk „Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939“ ein.

²⁷ HBK vom 9.12.1919, S. 4.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Vgl. HBK vom 12.12.1919, S. 4.

³⁰ HBK vom 4.06.1920, S. 4.

³¹ Ebenda.

³² Vgl. Ebenda.

³³ Vgl. HBK vom 5.11.1920, S. 3.

³⁴ **Lohalm, Uwe** (1970), S. 435. Hervorhebung im Original.

Die 20er Jahre bis zur Machtergreifung Hitlers

Anfang der 20er Jahre fanden zwei größere Hausdurchsuchungen bei Schleusinger Honoratioren statt.³⁵ Der Fabrikbesitzer Otto Kettembeil³⁶ war „als überzeugter Anhänger und zielbewußter Vertreter des [...] Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“³⁷ davon betroffen. Dass diese Durchsuchungen ihre Berechtigung hatten, zeigt sich mit dem Auffinden von umfangreichem antidemokratischem und vor allem antisemitischem Propagandamaterial³⁸.

Bezeichnend für den Umgang mit dem zunehmenden Nationalismus und Antisemitismus jener Zeit war die spürbare Zurückhaltung der Regierung, die letztlich das gute Einvernehmen mit der Bevölkerung höher bewertete, als den böartigen Aktionen rigoros Einhalt zu gebieten.³⁹ So formuliert der Regierungspräsident in Erfurt in einem Schreiben an den Landrat Apel in Schleusingen am 17. Mai 1923 mit dem Vermerk „Persönlich!“ folgenden Inhalt:

„In der jetzigen Zeit der leider sehr starken Spannung innerhalb der Bevölkerung müssen die Vertreter der Staatsregierung es sich besonders angelegen sein lassen, nach Möglichkeit alles zu vermeiden, was geeignet ist, die vorhandenen Gegensätze mehr als nötig in Erscheinung treten zu lassen, oder zu verschärfen. Ich hege die Befürchtung, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung des Kreises Schleusingen, sich durch verschiedene der dort in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen stark verletzt fühlt [...]. Selbstverständlich darf die Energie in der Bekämpfung staatsfeindlicher und umstürzlerischer Bestrebungen nicht unter der Scheu davor, daß eine Einzelmaßnahme mit einem Mißerfolg enden kann, leiden. [...] Andererseits ist aber jede in Erwägung gezogene Maßregel sorgfältig daraufhin zu prüfen, ob der von ihr erwartete

³⁵ Vgl. 28.6.1923 Polizeiverwaltung, betr. Landtagsanfrage 773 und 775 In: ThStA Gotha: Regierungsbezirk Erfurt, 619: Hausdurchsuchung bei Vertretern der Deutsch Nationalen Volkspartei: Dr. Kaiser, Gymnasial-Direktor, Dr. Hintze, Studienrat, Seminar-Direktor Braune, Studienassessor Dr. Kunau, Wiesenbauschul-Direktor Dr. Jacobi, Otto Kettembeil, Straßenmeister Strutz und Mitglied der Deutschen Volkspartei, Fabrikbesitzer Paul Walz. Auch im HBK wird darüber berichtet. Vgl. HBK vom 29.03.1923, S. 3; 3.09.1923, S. 4. Die zweite Durchsuchung fand beim Fabrikanten Otto Kettembeil, Polizeiwachtmeister Reitz, Oberlandjäger Jasse, Oberlandjäger Mendorf, Kaufmann Frühauf und dem Geschäftsführer des Konsum-Vereins Reinhardt im Februar 1923 statt. Durch die Presse wurde die Aktion heruntergespielt.

³⁶ Otto Kettembeil wurde am 5.06.1873 in Friedrichroda geboren. Er leitete die Mühle „Eichenhof“, eine Holzmehlfabrik, die er 1925 dem Magistrat Schleusingen für 200.000 RM verkaufen wollte. Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 750/4.

³⁷ Vgl. ThStA Gotha: Regierungsbezirk Erfurt, 619.

³⁸ ThStA Gotha: Regierungsbezirk Erfurt, 619. Folgendes Material wurde gefunden: Etwa 400 Exemplare Aufklärungsblätter „Wie sie uns lieben!“, ca. 250 Exemplare Aufklärungsblätter: „Ein verratenes Volk“, ca. 200 Exemplare „Was nützt uns das Streiken“, ca. 450 Exemplare „Die Waisen von Zion! Ein Welteroberungsplan“, ein Stoß Flugblätter „Die Verdorbenheit der Herzen der Juden!“, ein Stoß Aufnahmege suche zum „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“, vier Hefte „Judenspiegel“ und „Judas Schuldbuch“. Ferner gefunden, aber nicht beschlagnahmt, wurden drei Walther-Pistolen 7.05 mm. Die Bewertung durch die Presse war anders. So stellte man in der „Suhler Zeitung“, vom 12.02.1923, Nr. 36 dazu fest: „Die Hausdurchsuchung hat jedoch dem Vernehmen nach nichts Belastendes für K. ergeben, beschlagnahmt wurden lediglich u. a. Zeitschriften deutsch-völkischer Richtung“. Zur verhängnisvollen Wirkungsgeschichte der „Protokolle der Weisen von Zion“: Vgl. **Battenberg, Friedrich** (2000), Bd. 2, S. 234–236.

³⁹ Vgl. ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, 619.

Erfolg so wichtig ist, daß er es rechtfertigt, die im Falle eines Mißerfolges mit Sicherheit vor auszusehenden unerwünschten Wirkungen (Beunruhigung, loyaler Teile der Bevölkerung in Schwächung der Staatsautorität u. Ä.) in Kauf zu nehmen.“

Dass die Reaktion in der Ausblendung der rechtsextremen Aktionen bestand, die Hauptfeinde im linken Spektrum und bei den Juden gesucht und gefunden wurden⁴⁰, beweisen die politischen Auswirkungen in Thüringen. Mit dem Ende der kurzzeitigen Thüringer SPD-KPD-Landesregierung entstand nach den Landtagswahlen von 1924 ein Konstellationswechsel, der das politische Klima in Thüringen zum Nutzen der 1925 neugegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veränderte. So fand 1926 in der ca. 60 km entfernten Stadt Weimar ihr erster Reichsparteitag statt, der am 21./22. August 1927 in Schleusingen zur Gründung einer Ortsgruppe der NSDAP führte⁴¹. Ein Herr Gustmann, Vogelhofstraße 14, war erster Ortsgruppenleiter nach der Gründung der Partei in der Stadt.⁴² Deren Mitglieder traten sofort in Aktion und verteilten Flugblätter, um die Bevölkerung über die Ziele der Nationalsozialisten aufzuklären, vor allem aber um Andersdenkenden, insbesondere KPD- und SPD-Mitgliedern, zu drohen, dass diese Aufrufe in erster Linie gegen sie gerichtet seien. Flugblätter mit den Parolen „Der Kampf geht weiter“, oder „Die braune Front“ wurden größtenteils von Studenten der Schleusinger „Wiesenbauschule“⁴³, die der Burschenschaftsverbinding „Prata“⁴⁴ angehörten, an die Häuser von SPD- und KPD-Mitgliedern geklebt⁴⁵.

Mit einem Aufruf im „Henneberger Kreisblatt“ wandte sich die NSDAP-Ortsgruppe 1927 an alle Schleusinger, die die Mitglieder der neuen Partei als „Hakenkreuzlerbanditen“ bezeichneten. Darin hieß es, dass in einer öffentlichen Volksversammlung „unsere Gedanken über die Erneuerung unseres Volkes in rassischer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung“ erläutert würden, „um so den irregeleiteten, ausgebeuteten Volksgenossen die Wahrheit zu

⁴⁰ Vgl. die Recherchen von **Emil Julius Gumbel** von 1921 in seiner aufsehenerregenden Publikation: „Vier Jahre politischer Mord“, in dem es u. a. heißt: „[...] 354 politische Morde von rechts; Gesamtsühne: 90 Jahre, 2 Monate Einsperrung, 730 Mark Geldstrafe und 1 lebenslängliche Haft“ und „22 Morde von links: Gesamtsühne: 10 Erschießungen, 248 Jahre, 9 Monate Einsperrung, 3 lebenslängliche Zuchthausstrafen“. In: **Reinhardt, Stephan (Hg.)**: Die Schriftsteller und die Weimarer Republik. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1992, S. 124.

⁴¹ KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 760/2.

⁴² Vgl. HBK vom 21.07.1927, S. 3.

⁴³ Die „Wiesenbauschule“ wurde am 15.10.1897 als Lehranstalt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Schleusingen eröffnet. Sie diente als mittlere technische Fachschule für eine landwirtschaftliche Ausbildung.

⁴⁴ Die „Prata“, eine Schleusinger Burschenschaftsverbinding, entstand nach der Aufnahme des Lehrbetriebs der „Wiesenbauschule“ im Jahre 1897. Die Studenten des meliorationstechnischen Studiums kamen aus dem gesamten deutschen Reichsgebiet. 1907 wurde die „Prata“ farbenträchtige Verbinding (rot-weiß-grün), die sich 1931 als Mitglied im Großverband des „Kasseler Vertreter Convent“ in „KTV Prata“ umbenannte und gleichzeitig einen „Alt-Herren-Verband“ gründete. Ihr Leitspruch lautete: „Prata sei's Panier! Dem Bunde treu und treu dem Vaterland!“ Gründer der Lehranstalt und Vorsitzender des Kuratoriums bis zu seinem Tod war Bürgermeister Ludwig Baecker. Vgl. **Scheunemann, Walter**: Corporation Prata. Lüneburg 1983/84, Manuskript. Wie Margarete R. in der Gerichtsverhandlung anlässlich ihres Entnazifizierungsverfahrens feststellte, hatte sie 1930 und 1931 mehrere Schüler der Wiesenbauschule, die Mitglieder der NSDAP oder SA waren, in ihrem Haus in Pension. Durch deren „ständigen Einfluss“ und besonders durch deren damaligen Kulturbaulehrer Lemm glaubte sie selbst an die Ideale des NS. In: ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS Land Thüringen – Ministerium des Innern 154, S. 11.

⁴⁵ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 759/2.

vermitteln“⁴⁶. Hier tauchten gemeinsam mit dem Inserat erstmalig im „Henneberger Kreisblatt“ zwei Hakenkreuze als Symbol für die NSDAP auf. Im September 1930 gab es „Sympathie-Veranstaltungen“ für die NSDAP, die sich als Erfolg in den Wählerstimmen widerspiegeln.⁴⁷ In der Stadt Schleusingen stimmten 1930 von 2512 Wählern 628 für die SPD, 267 für die KPD und 551 für die NSDAP.⁴⁸

Die wachsenden Diffamierungen gegen Juden waren Ausdruck eines antisemitisch aufgeheizten Klimas.⁴⁹ So erschienen 1922 mehrere umfangreiche Artikel, in denen jüdische Schleusinger versuchten, sich öffentlich gegen Anschuldigungen zu rechtfertigen. Neben der Kampagne gegen Benno Koppenhagen⁵⁰ war das Modehaus „Müller & Schwab“ weiterhin Ziel von Angriffen und Verleumdungen. Das Geschäft wurde nach Aussagen verschiedener Zeitzeugen als „das weitaus bekannteste und beste Modegeschäft in der Umgegend“⁵¹ bezeichnet. Hierin lag sicher ein wesentlicher Grund für die massiven Angriffe: die Ausschaltung von Konkurrenz. Die beiden Geschäftsleute ließen am 15. Mai 1922 im „Henneberger Kreisblatt“ einen großformatigen, zweifach umrahmten Artikel mit der Überschrift: „Zur Aufklärung“ drucken. Mit diesem setzten sie sich gegen eine Verwarnung der Schleusinger Behörden wegen der Öffnung ihres Geschäftes am Sonntag⁵² zur Wehr, mit dem berechtigten Hinweis auf andere, ebenfalls am Sonntag geöffnete Ladenlokale nichtjüdischer Geschäftsinhaber, die allerdings dafür keine Verwarnung erhalten hätten. Nicht zu Unrecht vermuteten sie, dass deren Inhaber sie angezeigt hatten und erstatteten Gegenanzeige. Recherchen haben ergeben, dass eine Reihe von nichtjüdischen Schleusinger Geschäftsleuten u. a. für die Übertretung der gesetzlichen Öffnungszeiten selbst bestraft worden waren⁵³. Damit wird deutlich, dass diese Geschäftsleute jüdische Konkurrenten mit einer Anzeige für eine Handlung beschuldigten, die sie selbst bereits begangen hatten. Eine andere Ursache für die Kampagnen gegen die jüdischen Kaufleute kann

⁴⁶ Vgl. HBK vom 8.12.1927, S. 4.

⁴⁷ Vgl. ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, 608.

⁴⁸ Vgl. HBK vom 16.09.1930, S. 1.

⁴⁹ Die sozialhistorische Erforschung des Antisemitismus in der Weimarer Republik steckt noch in den Anfängen. Deshalb kann an dieser Stelle kein Bezug auf die Verbreitung des Antisemitismus und seine Bedeutung für den Aufstieg des NS in der deutschen Gesellschaft genommen werden. Vgl. **Winkler, Heinrich August** (1997), S. 341. Bajohr zeigt einzelne rechtsradikale, antisemitische Aktionen in der Weimarer Republik und kommt zu dem Schluss, dass antijüdische Gewalt entgegen früherer Annahmen in der historischen Forschung über den gesamten Zeitraum der Weimarer Republik verbreitet waren. Vgl. **Bajohr, Frank; Pohl, Dieter** (2006), S. 20–24.

⁵⁰ Die Kampagne gegen Koppenhagen wird im Kapitel 3.6: 1922: Die Verteidigung seiner Ehre als „Arzt und Mensch“ erläutert.

⁵¹ Zeitzeugenaussagen von Herrn E. am 8.09.2002 und Frau Bortz am 20.12.1996 an die Verfasserin.

⁵² Wie aus dem Lagebericht der Geheimen Staatspolizei hervorgeht, wiesen die jüdischen Geschäfte allgemein „an den geschäftsfreien Sonntagen einen erheblichen Zuspruch von Kunden auf. Es handelte sich vorwiegend um Landbevölkerung, die über das Judentum auch heute noch nicht genügend aufgeklärt ist.“ In: **Rupieper, Hermann-J.; Sperk, Alexander (Hg.):** Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933 bis 1936. Bd. 3: Regierungsbezirk Erfurt. Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2006, S. 416.

⁵³ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 819/5.

aus dem psychoanalytischen Ansatz Otto Fenichels⁵⁴ hergeleitet werden. Er nennt solche Handlungsweisen eine „Verdichtung der widersprüchlichsten Bestrebungen“, einen Aufruhr „der Triebe gegen die Obrigkeit sowie einer gegen das Selbst gerichteten, grausamen Unterdrückung und Bestrafung für diese Rebellion.“⁵⁵ Er geht davon aus, dass eines „der Abwehrmittel gegen die Bestrebungen des eigenen Unbewussten [...] in Projektionen“ besteht, „also darin, an anderen etwas zu sehen, dessen man sich bei sich selbst nicht bewußt werden möchte“⁵⁶. Die Schleusinger Geschäftsinhaber unterdrückten das Wissen, das ihnen und auch den jüdischen Geschäftsleuten der Gelderwerb das größte Ziel ist. Dass z. B. „Müller & Schwab“ den besten Ruf in der Stadt besaßen (auch weil sie die größten Rabatte gewährten), wollten sich die anderen Geschäftsinhaber nicht eingestehen und von ihren Preisen dementsprechend auch nicht abgehen, sodass jüdische Konkurrenz Druck für sie bedeutete, den sie mittels Anzeige und heimlichen eigenen Verstößen kompensierten.

Man kann davon ausgehen, dass die Vermutung Reinhard Heydrichs⁵⁷ stimmte, warum es leichter sei, die deutschen Juden unter Kontrolle zu halten, wenn man keine Ghettos einrichtete, wie er in einem Wortwechsel dem Hitler-Stellvertreter Göring⁵⁸ mitteilte:

„Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie (Göring!) die Juden zu Tausenden [...] in einem Stadtteil haben, wo ich durch uniformierte Beamte eine Überwachung des täglichen Lebenslaufes nicht herbeiführen kann.“⁵⁹

In Schleusingen funktionierte diese Überwachung hervorragend, obwohl zu diesem Zeitpunkt nur noch 0,74 % der Einwohner Juden⁶⁰ waren. Folgende Strafanzeigen in den 20er und 30er Jahren beweisen die regelrechte Überwachung bzw. Diffamierung der jüdischen Schleusinger durch die Nichtjuden:

- Am 31. August 1933 erstatte der nichtjüdische Architekt Louis Wagner eine Anzeige gegen den 13-jährigen Gustav Götz. Gustav hätte „den gesperrten Teil des Wassergrabens mit einem Fahrrad verbotswidrig befahren“⁶¹. Wagner gibt zu Protokoll: „Die Sperrschilder sind vorschriftsmäßig angebracht und ersichtlich.“⁶² Selbiger Architekt wurde am 31. März 1933

⁵⁴ Otto Fenichels (1897–1946) psychoanalytische Ergebnisse zum Antisemitismus haben in den fast sechzig Jahren, die seither vergangen sind, nichts von ihrer Aktualität verloren.

⁵⁵ Vgl. **Fenichel, Otto** (1946), S. 45. Otto Fenichels (1897–1946) psychoanalytischen Ergebnisse zum Antisemitismus haben bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Reinhard Heydrich (1904–1942), Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Vgl. **Klee, Ernst** (2003), S. 253.

⁵⁸ Hermann Göring (1893–1945), Reichsmarschall. Vgl. **Klee, Ernst** (2003), S. 189 f.

⁵⁹ Vgl. **Büttner, Ursula** (1992), S. 77. Büttner erläutert, dass am 12. November 1938 dieser Wortwechsel stattfand. Heydrich hatte auf die Frage nach der Kontrolle der deutschen Juden eine Lösung: Er vertraute auf den deutschen Antisemitismus und die damit verbundene Kontrolle durch die Deutschen selbst. (Runde Klammer wie im Original)

⁶⁰ Vgl. Bd. 2, Anhang 6.2: Einwohnerzahlen in der Stadt und im Kreis Schleusingen in den Jahren 1298 bis 1945.

⁶¹ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 730/4.

⁶² Vgl. KrA Hildburghausen, Bestand Schleusingen, 730/3.

wegen des Besitzes einer Pistole und eines zerlegbaren Gewehres zu 22,50 RM verurteilt.⁶³

- Eine weitere Anzeige erging gegen die Brüder Julius und Gustav Daniel am 29. Mai 1934 vom nichtjüdischen Autovermieter Otto Jahn in Schleusingen. Die Brüder würden gegen ein geringes Entgelt Frankenberg und Theobald Götz „und andere Personen“ transportieren. Damit hätten sie Schwarzarbeit geleistet, das Finanzamt betrogen und Jahn drohte sogar mit der Entlassung seines Chauffeurs und der Schließung seiner Firma. Der zuständige Polizeibeamte musste nach seiner Recherche festhalten, dass sich Götz, Frankenberg und die Daniels das Auto gemeinsam gekauft hatten und auch sonst nichts Strafbares festzustellen sei. Doch er würde sie weiter beobachten.⁶⁴ Dass Otto Jahn, Mitglied der NSDAP ab 1940, um jeden Preis auf seinen Vorteil bedacht war, zeigt seine eigene Übertretung der geltenden „Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr“. Er musste laut Urteil vom 23. Januar 1929 eine Strafe von 5 RM bezahlen oder ersatzweise einen Tag Gefängnis verbüßen.⁶⁵

- Bereits 1926 bekam Moritz Liebmann eine Anzeige von der nichtjüdischen Familie Lützelberger wegen angeblicher ansteckender Krankheit, die sich nicht bestätigte.⁶⁶

- Julius Daniel wurde wegen angeblich nächtlicher Ruhestörung angezeigt. Worte wie „alltäglich“ und „ständig“ sollten die Dringlichkeit des unbekanntem Anzeigers unterstreichen. Nach mehrfachen Kontrollen zwischen der Anzeige am 13. Februar 1932 und dem 15. März 1932 konnte der Ortpolizist nichts feststellen.⁶⁷

- Im Mai 1935 erhielt Justin Liebmann eine Anzeige wegen eines kaputten Wasserkessels und einer defekten Aschengrube.⁶⁸

- Im August desselben Jahres erstattete jemand eine Anzeige gegen Nathan Frankenberg, dessen Dunggrube undicht war.⁶⁹

Die hier skizzierten Lappalien und die nachgewiesene Unbegründetheit der Anzeigen vermitteln insgesamt das Bild eines aufgeheizten, antisemitischen Klimas in Schleusingen.

In den Jahren 1919, 1923 und 1924 gibt das „Henneberger Kreisblatt“ Auskunft über Einbrüche bei jüdischen Geschäftsleuten:

- Vom 18. zum 19. August 1919 hatte der Glasschleifer A. Brückner bei einem Ladeneinbruch im Geschäft von Moses Götz (Bertholdstraße 15) Waren im Wert von 8.000 Mark gestohlen, die

⁶³ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 819/5.

⁶⁴ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 730/4.

⁶⁵ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 819/5.

⁶⁶ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 723/3.

⁶⁷ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 730/4.

⁶⁸ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 730/6.

⁶⁹ Vgl. Ebenda.

teilweise nach dessen Verhaftung an Götz zurückgegeben werden konnten. Im Januar 1920 wurde der Dieb zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt.⁷⁰

- Max Stern⁷¹ wurden 1923 am Pfingstsonntag so große Warenvorräte gestohlen, dass er Konkurs anmelden musste⁷². Er setzte eine Belohnung von 500.000 Mark für die Ergreifung des Täters aus. Wie stark er unter Druck gestanden haben musste, geht aus seiner Ehrenerklärung vom 16. Juni 1923 hervor, in der er sich bei einem Friseurgehilfen entschuldigte, den er öffentlich des Einbruchs verdächtigt hatte. Stern musste seinen Laden schließen, er war bankrott.

- 1924 setzte Hermann Lang eine Belohnung von 300 Mark aus, um die bei einem Einbruch gestohlenen Waren und den Täter ausfindig zu machen.⁷³

Letztlich erreichten die Akteure das angestrebte Ziel: die systematische Ausgrenzung der Juden aus dem wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Umfeld und die Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen. Bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten konnten sich die Geschäftsleute Hermann Lang, Moses Götz und Julius Daniel nur mit Hypotheken ihre Existenz sichern.⁷⁴ Wie sich dabei die Weltwirtschaftskrise auf die geschäftliche Situation ausgewirkt hat, kann nur vermutet werden.⁷⁵ Denn insbesondere die Textilbranche war von ihr betroffen und alle drei jüdischen Geschäftsleute handelten u. a. mit Textilien.

So waren Harry Lang (seit 1928) und Julius Daniel (seit 1931) gezwungen, Wandergewerbescheine zu beantragen, um wenigstens so überleben zu können. Auf dem Ausweis hinter dem Namen Daniel fällt der in Rot geschriebene Vermerk von 1931 auf: „D. bringt jedoch auch die Schuhwaren gelegentlich zu den Bestellern.“⁷⁶ Keine Bescheinigung anderer Antragsteller war mit einem ähnlichen Hinweis versehen. Dass die Hausierergewerbesteuer bei den jüdischen Händlern Julius Daniel und Harry Lang im Vergleich zu anderen Gewerbetreibenden stets die höchste war, beweist, dass das besondere Augenmerk der zuständigen Behörden vor allem den Juden galt.

Wenn also Friedrich Battenberg zu der Schlussfolgerung kommt, dass die Jahre 1933 bis 1935 die Phase der Diffamierung und des Boykotts ausmachen⁷⁷, kann auf Grund der vorliegenden Forschung für Schleusingen geschlussfolgert werden, dass die Phase der Diffamierung und

⁷⁰ Vgl. HBK vom 25.01.1920, S. 4.

⁷¹ Max Stern war ein jüdischer Kaufmann, der in der Bahnhofstr. 4 ein Versandhaus führte. Durch das HBK ist er in Schleusingen von 1919 bis zu seinem Konkurs 1924 nachweisbar.

⁷² Vgl. HBK vom 30.10.1924, S.1.

⁷³ Vgl. HBK vom 29.11.1924, S. 4.

⁷⁴ Recherchen der Verfasserin (Briefverkehr mit den Überlebenden, Zeitzeugenaussagen von Schleusingern, die Kaufverträge zwischen den Hauskäufern und den jüdischen Eigentümern) belegen diese Tatsache.

⁷⁵ Vgl. **Schildt, Axel**: Die Republik von Weimar. Deutschland zwischen Kaiserreich und „Drittem Reich“ (1918–1933). 2., erweiterte Aufl., Erfurt 2009, S. 109 f.

⁷⁶ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 705/1.

⁷⁷ Vgl. **Battenberg, Friedrich** (2000), Bd. 2, S. 264.

Ausgrenzung in Schleusingen bereits in der Zeit der Weimarer Republik einsetzte und forciert wurde.

Entrechtung, Verhaftung und Ermordung

Thüringen hatte 1932 als erstes Land eine NS-Regierung.⁷⁸ Die Schleusinger stimmten dem überwiegend zu, denn die Reichstagswahl 1932 ergab in der Stadt ein Stimmenverhältnis von 1453 für Hitler⁷⁹, 980 für Hindenburg und 238 für Thälmann.⁸⁰ Ihre nationalsozialistische Geschlossenheit dokumentierten die Wahlberechtigten mit dem Wahlergebnis der Reichstagswahl 1933: 2821 Bürger stimmten für die NSDAP bei 155 ungültigen Stimmen⁸¹. So begann mit dem Machtantritt Hitlers die nationalsozialistische Neuordnung in Schleusingen. Im März 1933 wurden die Mitglieder des Stadtrates gewählt, wobei die NSDAP sieben, die SPD zwei und die rechtsextreme Arbeitsgemeinschaft Schwarz-Weiß-Rot ebenfalls zwei Sitze erhielten.⁸² Am 6. Juni 1933 demonstrierten Schleusinger Bürger vor dem Rathaus und forderte einen nationalsozialistischen Bürgermeister und die Abberufung des amtierenden Bürgermeisters Hammelsbeck⁸³, der die Amtsgeschäfte seit 1925 innehatte. Die Stadtverordnetenversammlung durfte ab dem 7. Februar 1933 laut Bestimmung der Städteordnung keinerlei Beschlüsse mehr

⁷⁸ Vgl. ThHStA Weimar: NSDAP-Gauleitung Thüringen Nr. 43. Die Landtagswahlen im Juli 1932 brachten für die NSDAP einen Stimmenanteil von 42,5%, wodurch am 26.08.1932 in Thüringen die erste nationalsozialistische Landesregierung im Deutschen Reich unter Ministerpräsident Willy Marschler und Fritz Sauckel als Innenminister installiert wurde.

⁷⁹ Hitler besuchte am 26.07.1932 Hildburghausen (Vgl. Hildburghäuser Kreisblatt vom 26.07.1932, S. 1) und am 3.12.1932 Eisfeld (Vgl. Eisfelder Zeitung vom 4.12.1932, S. 1).

⁸⁰ Vgl. HBK vom 11.04.1932, S. 3.

⁸¹ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 694/3. Laut HBK vom 14.11.1933, S. 3 wählten 1933 von 3007 wahlberechtigten Schleusingern 2821 die NSDAP mit nur 64 Gegenstimmen

⁸² Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 694/3: Verwaltungsbericht der ehemaligen hennebergischen Haupt- und Residenzstadt Schleusingen für das Rechnungsjahr 1933, S. 8. Die am 12.03.1933 stattgefundene Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung hatte folgendes Ergebnis: Die NSDAP mit 1438 Stimmen bekam 7 Sitze; die SPD mit 445 Stimmen 2; die KPD mit 176 Stimmen keinen Sitz; 517 Stimmen für die Arbeitsgemeinschaft Schwarz-Weiß-Rot ergaben 2 Sitze.

⁸³ Bürgermeister Hammelsbeck (Amtsinhaber vom 16.07.1925–6.06.1933) verzog nach seiner Suspendierung vom Dienst durch den neuen Bürgermeister Syré nach Magdeburg. Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 704/2.

fassen.⁸⁴ Nach der herbeigeführten Abwahl erfolgte am 6. November 1933 die offizielle Benennung des bisherigen Beigeordneten Alfred Syré zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Schleusingen. Syré⁸⁵ war Mitglied der NSDAP und SS-Untersturmführer. Bereits 1933 schätzte Syré die Verhältnisse in der Stadt mit den Worten ein: „Schleusingen war stets eine Hochburg der nationalen und später der nationalsozialistischen Willensrichtung“.⁸⁶ Höhepunkt scheint das Jahr 1939 gewesen zu sein, denn Artikel im „Henneberger Kreisblatt“ berichteten von überfüllten Sälen in Hinternah und Schleusingen, die „Zeugnis dafür ab[legen], daß die Schleusinger Einwohnerschaft in den Reihen derer zu finden ist, die es ernst nehmen mit dem tätigen Nationalsozialismus“.⁸⁷ Trotzdem konnte im Gau Thüringen in den ersten Jahren nach der Machtergreifung den Lageberichten der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) nur eine eher zögerliche Zustimmung von Parteifunktionären zur Politik der NSDAP entnommen werden.⁸⁸ Einschätzungen von Parteifunktionären Schleusingens⁸⁹ zeigten das Bild einer allmählich einsetzenden Ermüdung. Das nachlassende Interesse am Besuch von Ortsgruppenversammlungen beklagte der stellvertretende Ortsgruppenführer der NSDAP Otto Stubenrauch am 4. Mai 1942 und resümierte

„[...] daß in früheren Jahren Ortsgruppenversammlungen gut und sehr gut besucht und daß Mitarbeiter zur Stelle waren, wenn man sie brauchte. Heute hingegen [...] sei die Empörung in der Bevölkerung kaum zu beschwichtigen. Die Ortsgruppenversammlungen wären schlecht besucht und selbst, wenn Reichs- und Gauleiter nach Schleusingen kämen, sei es beschämend, wenn diese Redner vor leeren Stühlen sprechen müßten. Mitarbeiter in der Partei könnte man kaum noch bekommen.“⁹⁰

⁸⁴ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, Bestand Ratssitzungen, Akte 2159, Protokollbuch des Magistrats vom 4.03.1930 bis 4.04.1933.

⁸⁵ Alfred Syré wurde am 23.03.1890 in Schleusingen geboren, er war verheiratet und hatte mit seiner Frau vier Kinder. Neben seiner Bürgermeisterstelle bekleidete er weitere öffentliche Ämter: Er war seit dem 10.04.1933 Kreisdeputierter der Stadt und arbeitete als Hauptschöffe für das Schöffengericht in Suhl. Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 704/2.

⁸⁶ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 694/3: Verwaltungsbericht der ehemaligen hennebergischen Haupt- und Residenzstadt Schleusingen für das Rechnungsjahr 1933, S. 5.

⁸⁷ HBK vom 20.01.1939, S. 3.

⁸⁸ Die Lage in Schleusingen: Vgl. **Rupieper, Hermann-J.; Sperk, Alexander** (2006), S. 238, 385, 446; die Lage im Kreis Schleusingen: Vgl. a.a.O., S. 174, 179, 181, 197. Die Einschätzung der „Gegner des Staates und der Bewegung“ zeigt die teilweise Antihaltung der Arbeiter gegen die nationalsozialistischen Bestrebungen. Trotz der „Festigung“ der „Formationen“ – gemeint sind SA, SS und Hitlerjugend (HJ) – zeigte die Bevölkerung einen starken Unwillen, da „schwer vorbestrafte und politisch stark vorbelastete Personen“ sich z. B. in der SA konzentrierten. Auch wurden monatlich detailliert die Personen in Organisationen aufgeführt, die entweder ehemalige Kommunisten oder vorbestrafte Personen gewesen waren oder noch waren. Die „allgemeine Unzufriedenheit“ auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage der „ärmeren Volksschichten“ wird immer wieder hervorgehoben. Auf die Rolle der KPD wird gesondert eingegangen. Vgl. **Rupieper, Hermann-J.; Sperk, Alexander** (2006), S. 17: Eine der Hochburgen der KPD lag im Landkreis Schleusingen mit 24,2%, die auch nach der Machtergreifung der NSDAP 1933 ein politisches Gegengewicht mit 44,5% bildeten. Trotzdem musste festgestellt werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung des Regierungsbezirkes Erfurt mit 55,1% die Rechtsparteien NSDAP und DNVP wählten.

⁸⁹ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 827/5.

⁹⁰ Ebenda.

Diese Entwicklung schien nicht abzubrechen, denn auch 1943 wurde von der Kreisleitung der NSDAP festgestellt,

„dass auch in Schleusingen die Kundgebungen der Partei von Gefolgschaftsmitgliedern der Behörden zum Teil sehr schlecht besucht werden. Die Behördenleiter sind aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das in Zukunft anders wird“⁹¹.

Der Zusatz, „dass diese [nun folgende] Versammlung von allen Gefolgschaftsmitgliedern soweit möglich auch von ihren Familienangehörigen besucht wird“⁹², zeigt, dass die Verbreitung von Informationen einen wichtigen Stellenwert in der nationalsozialistischen Propaganda einnahm. Im Widerspruch dazu standen Dokumente vorgesetzter Behörden, in denen von Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes verlangt wurde, über bestimmte Vorgänge absolute Geheimhaltung zu bewahren⁹³ und andere, in denen ihr Beitritt zur NSDAP gefordert wurde.⁹⁴

Der neu gewählte Bürgermeister Syré wollte von Anfang an die nationalsozialistische Parteipolitik aktiv umsetzen und gemeinsam mit den Stadtverordneten zielstrebig gegen Andersdenkende, insbesondere die Juden der Stadt, vorgehen. Ab 1933 führten Hausdurchsuchungen bei KPD- und SPD-Mitgliedern zu Bespitzelungen und Inhaftierungen⁹⁵. Auch die Religionszugehörigkeit der Schleusinger Bürger wurde akribisch aufgelistet, so erfasste man ab 1933 nicht nur die Namen der Juden, sondern auch die der Gottgläubigen⁹⁶ und der Katholiken.⁹⁷ Zwangssterilisationen an Schleusingerinnen und Schleusingern können belegt werden.⁹⁸ Die lückenlos geführten Erfassungstabellen des Kreises über „Nichtvollständige“, „Blinde“, „Taubstumme“ und „Tuberkulose“-Kranke erschienen mit der für jeden Einzelnen notierten Summe⁹⁹ der jeweiligen Behandlungskosten. Dieser Kostenfaktor spielte eine wichtige Rolle für die Unterscheidung in „wertes“ und „unwertes Leben“ im NS.

⁹¹ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 703/5.

⁹² Ebenda.

⁹³ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 704/2. So forderte am 13.09.1941 der Landrat in einem Rundschreiben von allen Bürgermeistern die „unbedingte Amtsverschwiegenheit“ als eine „der wichtigsten Pflichten aller bei öffentlichen Dienststellen Tätigen“ und drohte, dass „Verletzungen dieser Pflicht – auch fahrlässige – scharfe Bestrafungen zur Folge haben. Versuche Außenstehender, von Behördenbediensteten irgendetwas in Erfahrung zu bringen, sind unverzüglich dem Behördenleiter zu melden.“

⁹⁴ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 703/5 und 704/2.

⁹⁵ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 242/1040, Vgl. auch **Herber, Hugo** (1957), S. 52 f. und Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 705/1.

⁹⁶ Als „gottgläubig“ bezeichneten sich insbesondere Nationalsozialisten, die vorgaben, gläubig zu sein, ohne einer der christlichen Kirchen anzugehören. Der Chef der Kanzlei der NSDAP äußerte sich dazu mit den Worten: „Wenn wir Nationalsozialisten das Wort „gottgläubig“ gebrauchen, meinen wir nicht denselben Gott wie die Christen.“ So distanzierte er sich von allen anderen Christen und gab den „gottgläubigen“ Nationalsozialisten einen besonderen Status. Vgl. **Hilberg, Raul** (2003), S. 105 f.

⁹⁷ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 788/6.

⁹⁸ Zum Schutz von Persönlichkeitsrechten werden keine Quellen angegeben.

⁹⁹ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 810/4: Verwaltungsbericht des Kreis Ausschusses des Kreises Schleusingen für die Zeit vom 1.01.1930 bis 31.12.1937. Hier wurden z. B. die Kosten für 68 „Nichtvollständige“ im Jahr 1930 mit 69.900 RM angegeben und obwohl die Zahl im Jahr 1938 mit 71 Kranken fast gleich war, erschienen Kosten in Höhe von 43.000 RM.

Den Jahrgängen 1919, 1926, 1930, 1932 bis 1935 und 1938 des „Henneberger Kreisblattes“ können neben den jährlich erscheinenden Statistiken des Einwohnermeldeamtes Schleusingen auch die polizeilichen An- und Abmeldungen sowie die religiöse Zuordnung der Einwohner entnommen werden. Ab 1934 wurde in den Erfassungstabellen zusätzlich in Voll- und Mischehen als Folge der Rassepolitik unterschieden. Das bedeutet, dass das religiöse Bekenntnis auch bei der Beurteilung von Ehen von nun ab eine gesonderte Rolle spielte und damit ein von den Behörden zu erfassendes Merkmal wurde. In der am 2. Januar 1939 erschienenen Statistik des Einwohnermeldeamtes wurde erstmalig der Zusatz „Jude (im Sinne des Nürnberger Gesetzes¹⁰⁰)“ vermerkt, um neben der Rubrik „Personen“ auch den Begriff „Halbjude“ mit der Zahl „1“¹⁰¹ angeben zu können.

Dass sich die Schleusinger „Volksgenossen“ untereinander nicht wohlgesonnen waren und es auch einen internen Machtkampf auszutragen galt, beweisen gegenseitige Denunziationen. So charakterisierte z. B. in einem Schreiben vom 16. Januar 1936 der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Wilhelm Lemm, ein Schleusinger SA-Mitglied als „notorischen Nörgler, ja Querulant [...], von dem ein Bruder im Irrenhaus sitzt und der andere auf dem halben Weg dahin ist“¹⁰². Der Vorstand der NSV¹⁰³ denunzierte denselben Oskar W. am 4. März 1936 bei Wilhelm Lemm¹⁰⁴ mit den Worten: „Wenn sich das Reich Adolf Hitlers auf Leute mit solchem Benehmen und von solcher Gesinnung aufbaut, dann kann man um seinen Bestand bangen!“¹⁰⁵ Als Oskar W. für sich, seine Frau und seine sechs Kinder eine neue Wohnung beantragte, antwortete Syré am 2. Juli 1936:

„Das Dritte Reich ist keine Wohlfahrtseinrichtung für Erbkrankte, asoziale Elemente [...] besonders wenn diese Rechtswahrer zur Machtübernahme dem Dritten Reich die negative Seite gezeigt haben.“¹⁰⁶

¹⁰⁰ Die „Nürnberger Gesetze“ sind ein Sammelbegriff für die verabschiedeten Rassengesetze während des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg am 15.09.1935. Sie legten präzise fest, wer als „Jude“ oder als „jüdischer Mischling“ zu gelten hatte. Vgl. **Hirsch, Rudolf; Schuder, Rosemarie**: Der gelbe Fleck. Wurzeln und Wirken des Judenhasses in der deutschen Geschichte. Rütten & Loening, Berlin 1987, S. 615–621.

¹⁰¹ Die Verfasserin schützt an dieser Stelle das Persönlichkeitsrecht.

¹⁰² Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 828/2.

¹⁰³ Eine besondere Rolle spielten Mitglieder der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). 105 Schleusinger NSV-Mitglieder konnten von der Verfasserin recherchiert werden. Diese Organisation stellte einerseits für Bedürftige in Schleusingen Geld- oder Sachwerte zur Verfügung, andererseits trug sie eine Mitschuld an Zwangssterilisationen. Die NSV war ein Instrument zur lückenlosen Überwachung der Bevölkerung in Schleusingen. Blockwarte und ihre Gehilfen hatten die Aufgabe, Hausbesuche in allen Familien ihres Verantwortungsbezirktes zu absolvieren, um sich ein Bild der häuslichen Zustände zu machen. Danach erfolgte eine Art von Bestandsaufnahme.

¹⁰⁴ Wilhelm Lemm war seit 1933 als Parteianghöriger der NSDAP Mitglied des Stadtrates, des Kreisverwaltungsgerichts, des Kreistages und des Schulbeirates in Schleusingen. Beruflich arbeitete er anfänglich als Lehrer der „Wiesenbauschule“ und der Mittelschule und übernahm später die Stelle des Rektors der Mittelschule. 1936 wurde er Schulrat in Bersenbrück.

¹⁰⁵ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 828/2.

¹⁰⁶ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 821/5.

Lemm war wie Syré der Auffassung, dass W. ins Konzentrationslager gehörte.¹⁰⁷ Diese Aussage beweist, dass Funktionäre der NSDAP über die Existenz von KZs und ihre Nutzung informiert waren und macht das Ausmaß ihres Denkens deutlich. Ein Menschenleben wurde nach dem Wert für die Nationalsozialisten taxiert.

Für die Umsetzung nationalsozialistischer Politik hatte Syré optimale Unterstützung, denn bereits im Januar 1933 wurde die in Südthüringen aufgestellte 57. SS-Standarte in der Stadt stationiert.¹⁰⁸ Zusätzlich standen 27 Schleusinger SS-Mitglieder als starke und zuverlässige Erfüllungshelfen hinter ihm, Männer zum Teil in Funktionen als Unterscharführer bis zum Oberscharführer und einer von ihnen, Walter Mendorf¹⁰⁹, konnte sich als Träger des Ehrenabzeichens der Bewegung¹¹⁰ rühmen. Mendorf war Mitglied der NSDAP und der SS und hatte sich anscheinend später freiwillig zum Dienst im KZ Auschwitz¹¹¹ gemeldet.

Am 1. April 1933 veranstaltete die Ortsgruppe der NSDAP einen Demonstrationsumzug durch die Straßen der Stadt und trug dabei Plakate mit den Parolen „Zur Abwehr der jüdischen Greuelhetze“, „Meidet jüdische Ärzte“ und „Boykottiert alle jüdischen Geschäfte“.¹¹² Im „Henneberger Kreisblatt“ wurde berichtet, dass Syré als „Standartenverwaltungsführer und Kommissar des Bezirksausschusses [...] markige Worte über Grund, Zweck und Ziel der Abwehraktion“ sprach und „zu strengster Disziplin“¹¹³ ermahnte. Weiter ist zu lesen:

„Heute vormittag um 10 Uhr stellten sich SS. und SA.- Posten mit Plakaten ‚Hilf Deinen Volksgenossen! Kaufe nicht bei Juden!‘ vor den jüdischen Geschäften auf, die z. T. geschlossen hatten.“¹¹⁴

Dieser Artikel kündigt von einer organisierten und freiwilligen Teilnahme von Schleusingern, die offen gegen ihre jüdischen Mitbürger Stellung bezogen. Der Boykott jüdischer Geschäfte in Schleusingen und landesweit und der gewalttätige Übergriff auf die Familie Koppenhagen, wie in Kapitel 3.7 näher erläutert wird, signalisierte den Bürgern der Stadt die Entschlossenheit der

¹⁰⁷ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 828/2.

¹⁰⁸ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 827/5. Die SS-Standarte wurde 1935 unter Protest des Schleusinger Bürgermeisters Syré nach Meiningen verlegt.

¹⁰⁹ Walter Mendorf, geb. am 9.02.1908 in Straßburg, NSDAP-Mitglied von 1928–1940, ab 1928 bis vermutlich 1930 Mitglied der SA, Oberscharführer der Allgemeinen SS von 1930–1940, Unterscharführer der Waffen-SS von 1940–1945, Träger des goldenen Parteiabzeichens. Ihm wurde mehrfach bescheinigt, dass „er kein Freund der Arbeit war“ und auch „in moralischer Beziehung wird M. als nicht einwandfrei bezeichnet.“ Während seiner Lehrlingsausbildung unterschlägt er bereits das erste Mal 1.000 RM, manipulierte später bei verschiedenen Arbeitgebern die Stechkarten, um nicht arbeiten zu müssen. Er war u. a. bei den „Berlin-Suhler Waffen- und Werkzeugwerken Simson & Co.“ beschäftigt. Vgl. ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS ZM 1360 Akte 12 und KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 828/2.

¹¹⁰ Vgl. ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS ZM 1360 Akte 12.

¹¹¹ Laut ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS ZM 1360 Akte 12, S. 1 wird Mendorf „in einer alphabetischen Aufstellung des KZ Auschwitz genannt“. Bisher verliefen Recherchen über eine angebliche Tätigkeit von Mendorf im KZ Auschwitz ergebnislos.

¹¹² Vgl. HBK vom 2.04.1933, S. 3.

¹¹³ Vgl. Ebenda.

¹¹⁴ Ebenda.

NSDAP zur Umsetzung der Judenpolitik und markierte die jüdischen Mitbürger als Verfolgungsobjekte und Auszugrenzende. Dass Juden auch Lügner seien, findet sich ausgerechnet in einem Artikel vom 2. April 1933. Julius Streicher¹¹⁵, Leiter des „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“, beschwört die Deutschen:

„Der Jude lügt, in Deutschland würden Angehörige des jüdischen Volkes grausam zu Tode gefoltert. Der Jude lügt, es würden diesen Juden die Augen ausgebrannt, die Hände abgehackt, Ohren und Nasen abgeschnitten, ja selbst die Leichen würden noch zerstückelt. Der Jude lügt, es würden in Deutschland selbst jüdische Frauen in grauenvoller Weise getötet und jüdische Mädchen vor den Augen ihrer Eltern vergewaltigt [...]“.¹¹⁶

Dass er detaillierte Einblicke in die unmenschlichen Taten der Deutschen an den Juden gibt und diese als Lügen besseren Wissens darstellt, zeigt die Perversität der Nationalsozialisten.

Trotzdem gab es nach dem Boykott vom 1. April noch kaufwillige Kunden auch bei „Müller & Schwab“, was von Zeitzeugen berichtet wird.¹¹⁷ Doch alle, die dieses Geschäft betreten wollten, wurden von der gegenüberliegenden Straßenseite (ehemals Kino) fotografiert¹¹⁸. Und so verschwanden allmählich demonstrative Bekundungen für die jüdischen Geschäftsleute, was zur Aufgabe des Geschäftes und schließlich zur Emigration führte, worauf noch einzugehen ist.

Dass der zunehmende Konkurrenzkampf in der Wirtschaft eine Ursache für den wachsenden Antisemitismus darstellte, belegt die Entwicklung der Anzahl von Einzelhandelsgeschäften und Fabriken in Schleusingen¹¹⁹:

Jahr	1924	1925	1926	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Anzahl von Einzelhändlern/ Fabriken	204	259	287	302	276	356	382	295	429

Die stetig steigende Zahl an Eröffnungen von Einzelhandelsunternehmen und Fabriken war Ausdruck der Suche nach einem sicheren Erwerb für den Lebensunterhalt. Doch öffnete der staatlich organisierte Boykotttag vielen nichtjüdischen Geschäftsleuten die Möglichkeit, in den Besitz wenigstens einstmals florierender und oft seit Jahrzehnten ansässiger Unternehmen zu gelangen. Ein Beispiel dafür konnte rekonstruiert werden. Aus einem Schreiben vom 16. Juni 1933 geht hervor, dass SA-Mitglied Max Kretzer im Mai desselben Jahres ein Einzelhandelsgeschäft mit Schuhwaren im eigenen Haus anmeldete. Laut Beschluss (ohne

¹¹⁵ **Julius Streicher** (1885 bei Augsburg–1946 Hinrichtung in Nürnberg) war NSDAP-Gauleiter und Gründer des Hetzblattes „Der Stürmer“.

¹¹⁶ HBK vom 2.04.1933, S. 2, Überschrift: „Zur Abwehr. Aufruf zum Beginn des Abwehrboykotts“.

¹¹⁷ Zeitzeugenaussage von Frau Bortz an die Verfasserin (Hinternah) am 20.12.1996.

¹¹⁸ Zeitzeugenaussage von Frau Bortz an die Verfasserin (Hinternah) am 20.12.1996 darüber, dass die Leute, die dort einkaufen wollten, ihre Kapuzen oder Jacken über den Kopf zogen, um nicht erkannt zu werden. Denn aufgrund der guten Qualität und der günstigen Preise haben anfangs viele Kunden weiterhin dort gekauft.

¹¹⁹ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 721/1.

Datum) konnte der Magistrat der Stadt „ein öffentliches Bedürfnis für die Einrichtung einer neuen Schuhwarenhandlung in Schleusingen, Georg-Ernststr. 4 nicht anerkennen.“¹²⁰ Max Kretzer hatte einige Jahre als „Angehöriger des verstärkten Polizeischutzes“ in Schleusingen „unter Geheimhaltung“ gearbeitet, doch von 1937–1941 war er wegen Krankheit dienstuntauglich.¹²¹ Erst im September 1941 nahm er diese Arbeit wieder auf und verpflichtete sich erneut als Hilfspolizist. Doch Kretzer blieb nicht untätig und kaufte deshalb im Juli 1938 das Grundstück Bertholdstr. 24 von dem Schleusinger Robert Walz für 18.500 RM, der es bereits im Oktober 1936 von der jüdischen Familie Friede-ricka Daniel und ihrem Sohn Julius Daniel für angeblich 12.000 RM erstanden hatte.¹²² In diesem Kaufvertrag findet sich der Passus, dass die Familie Daniel bis zum 31. Oktober 1936 in der oberen Wohnung für eine „Entschädigung von 50 RM, die vom Kaufpreis einbehalten werden kann“, wohnen bleiben könnte¹²³. Perfide ist jedoch die Begründung des Max Kretzer, der sich 1946 nach der Beschlagnahmung für den Kauf des Geschäftshauses von Herrn Walz rechtfertigte:

„Das Motiv des Verkaufes war also: Herr Daniel wollte durch den Verkauf des Hauses seine Finanzen (er hatte ca. 12.000 RM Schulden zu begleichen) in Ordnung bringen.“¹²⁴

Genau das hat Julius Daniel auch getan. Den gesamten Erlös verwendete er für die Tilgung seiner Schulden und hatte dadurch keinerlei Mittel mehr, seine Emigration zu finanzieren. Seine Frau, seine zwei minderjährigen Töchter und er selbst wurden am 10. Mai 1942 in das Ghetto Belzyce/ bei Lublin deportiert¹²⁵, danach verliert sich jede Spur. Seiner Mutter, Friedericka Daniel, wurde die Flucht nach Shanghai durch die finanzielle Unterstützung ihres Sohnes Ludwig Daniel ermöglicht.¹²⁶ Der Händler Max Kretzer konnte nach dem Abschluss des Kaufvertrages einen neuen Schuhladen in der Bertholdstr. 24 eröffnen.¹²⁷

Die im „Henneberger Kreisblatt“ am 8. Juni, 19. Juli, 4. August und 2. November 1933 erschienenen Aufrufe zu Kundgebungen mit dem Vermerk: „Juden ist der Zutritt selbstverständlich verboten“, zeigen einerseits das verstärkte Interesse an solchen Veranstaltungen, machen aber andererseits deutlich, dass man mit der möglichen Teilnahme von Juden gerechnet hatte, die damit ihrer deutsch-nationalen Einstellung sichtbaren Ausdruck verleihen wollten. Dem wurde mit dem Verbot vorgebeugt.

Die ersten offiziellen Maßnahmen der Regierung Hitlers zur „Institutionalisierung antisemitischer Vorstellungen“ hatten unabsehbare psychologische Wirkung und stellten die

¹²⁰ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 717/1. (Unterstreichungen im Original)

¹²¹ Vgl. ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS ZB II 1614 Akte 16, S. 1–8.

¹²² Vgl. ThHStA Weimar: Land Thüringen – Ministerium der Finanzen Nr. 3713.

¹²³ ThHStA Weimar: Land Thüringen – Ministerium der Finanzen Nr. 3713 unter § 3.

¹²⁴ Ebenda.

¹²⁵ Vgl. Europäisches Kulturzentrum (2000), S. 83.

¹²⁶ Vgl. Bd. 2, Anhang 6.3.

¹²⁷ Zeitzeugenaussage von Frau S. (Schleusingen) am 9.03.1996 an die Verfasserin.

Weichen für die zunehmende wirtschaftliche Diskriminierung und Verdrängung der Juden.¹²⁸ So war im „Henneberger Kreisblatt“ am 15. Januar 1934 ein Auszug aus dem Gemeindeverfassungsgesetz abgedruckt, in dem eine „vorläufige Regelung der Bürgerrechtsfrage im Sinne des Nationalsozialismus“¹²⁹ getroffen wurde. Hier unterscheidet man deutlich zwischen „Bürger“ und „Einwohner“. Als Einwohner wurde „ohne Rücksicht auf das Lebensalter und den Besitz der bürgerlichen Rechte“ jeder betrachtet, der in der Gemeinde wohnte. Als Bürger wurde

„bis zur endgültigen Regelung jeder reichsdeutsche Einwohner [eingestuft], der über 25 Jahre alt ist und seit dem 1.7.1933 in der Gemeinde ununterbrochen wohnt [...]. Voraussetzung für das Bürgerrecht ist natürlich, daß der Einwohner die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und daß er nicht entmündigt ist.“¹³⁰

Als im September 1935 das „Reichsbürgerrecht“ und das sogenannte „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ veröffentlicht wurden, wird in „Reichsbürgerschaft“ und „Staatsangehörigkeit“ differenziert. Danach waren Juden als „Nichtarier“ im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie nur Staatsangehörige und von den reichsbürgerlichen Rechten ausgeschlossen.¹³¹ Außerdem formuliert das bereits im Februar 1920 verabschiedete und nie geänderte 25-Punkte-Programm der NS-Partei u. a.:

„Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“¹³²

Damit wurde die später umgesetzte Politik Hitlers vorweggenommen, sie war für jeden Wähler der NSDAP bereits 1920 lesbar.

Im Nachfolgenden soll am Beispiel einer Kampagne¹³³ gegen eine nichtjüdische Schleusinger Firma, die mit dem Modehaus „Müller & Schwab“ zusammenarbeitete, gezeigt werden, wie die Ausschaltung von jüdischer Konkurrenz auch indirekt erfolgte. So finden sich in den „Erfurter Stadtnachrichten“¹³⁴, in „Der deutsche Textil-Arbeiter“¹³⁵, dem „Kreisanzeiger Schleusingen, Stadt Suhl und Zella-Mehlis“¹³⁶ Artikel mit der Überschrift „Die Strumpfkontrollen der Firma Lucius. Deutsche Arbeiterinnen sollen beim Juden kaufen“ und in der Ausgabe Nr. 3 des NS-

¹²⁸ Vgl. **Battenberg, Friedrich** (2000), Bd. 2, S. 264.

¹²⁹ Vgl. HBK vom 15.01.1934, S. 3.

¹³⁰ Ebenda.

¹³¹ Vgl. **Battenberg, Friedrich** (2000), Bd. 2, S. 272.

¹³² Vgl. **Goldhagen, Daniel J.** (2000), S. 113.

¹³³ Andere Kampagnen finden sich im HBK vom 6.09.1935, S. 4 unter der Überschrift: „Wer beim Juden kauft, ist ein Volksverräter“ oder im HBK vom 30.10.1935, S. 4 unter der Überschrift: „Wer beim Juden kauft, verrät sein Volk“.

¹³⁴ Vgl. Erfurter Stadtnachrichten vom 3.02.1934, S. 1 unter der Überschrift: „Die Strumpfkontrollen der Firma Lucius. Deutsche Arbeiterinnen sollen beim Juden kaufen“.

¹³⁵ Vgl. Der deutsche Textilarbeiter, Nr. 9, 1934, S. 120 (Auflagenzahl 775.000) unter der Überschrift: „Die Strumpfkontrollen der Firma Lucius. Deutsche Arbeiterinnen sollen beim Juden kaufen“.

¹³⁶ Vgl. Kreisanzeiger Schleusingen, Stadt Suhl und Zella-Mehlis vom 27.10.1934, o. S. unter der Überschrift: „Die Strumpfkontrollen der Firma Lucius. Deutsche Arbeiterinnen sollen beim Juden kaufen“.

Propagandablattes „Stürmer“¹³⁷ von 1934 auf dem Titelblatt die Überschrift „Luciusstrümpfe. Worüber man in Schleusingen spricht“¹³⁸. Dort abgedruckte Briefe unterschiedlicher Datierungen haben eins gemeinsam: Sie beschäftigen sich alle mit dem Thema Produktion, Vertrieb und Verkauf der besagten „Luciusstrümpfe“. Im ersten Brief wird erläutert, dass es in Schleusingen eine Strumpffabrik der Firma Johann Anton Lucius, Erfurt-Chemnitz, gibt, die mit den jüdischen Geschäftsleuten Müller und Schwab in Schleusingen einen Vertrag über den Alleinvertrieb abgeschlossen hat. Der „deutsche Geschäftsmann“ Hans Dunst, der Inhaber einer Schleusinger Firma in der Bahnhofstraße, wandte sich an die Firma Lucius, um diesen Alleinvertrieb zu übernehmen. In einem Schreiben der Firma Lucius vom 7. November 1933 heißt es, dass die Geschäftsleitung „mit Rücksicht auf die sehr angenehme langjährige Verbindung mit Fa. Müller & Schwab“ das Angebot ablehnt. Weiterhin formuliert Herr Lucius:

„Die Herren Müller & Schwab kaufen seit langen Jahren ganz treu von mir; Ihr Geschäft befindet sich in derselben Straße, und ich mache alten Kunden nicht Konkurrenz.“¹³⁹

Der dritte Brief enthält die Antwort von Hans Dunst vom 10. November 1933 an die Firma „Joh. Anton Lucius“, in der er erklärt, dass die Arbeiterinnen durch Tragen der Lucius-Strümpfe ihren Arbeitgeber unterstützen sollen. Allerdings könnten diese Frauen nicht gezwungen werden, die Strümpfe „beim Juden zu kaufen“. Er schließt mit den Worten: „Ich behalte mir vor, Ihren Brief zur Stellungnahme an den Kampfbund, welchem ich als Mitglied angehöre, weiterzuleiten“¹⁴⁰. Im vierten und letzten Artikel nennt der Redakteur den Namen des Schleusinger Lucius-Vertriebsleiters:

„ein gewisser Herr Bodenstein¹⁴¹. Er ist Freimaurer und Stahlhelmer und ist bekannt dafür, daß er Nazis nur sehr zögernd in seinen Betrieb aufnimmt. Es muß erwartet werden, dass sich in Thüringen irgendwer findet, der dafür sorgt, dass den Lucius-Bodenstein-Methoden das Handwerk gelegt wird.“¹⁴²

Er prangert das Tragen der Strümpfe durch die Arbeiterinnen an und bezeichnet es als Einschränkung der persönlichen Freiheit. Am Ende mündet das Schreiben in einer Drohung.

¹³⁷ „Der Stürmer“ hatte 1933 eine Auflage von 20.000 Exemplaren, die sich bis 1944 auf fast 400.000 steigerte. Die Wirkung beruhte auf den „Stürmerkästen“, in denen überall in Deutschland an viel besuchten öffentlichen Plätzen die aktuelle Ausgabe ausgehängt war. Vgl. **Benz, Wolfgang** (2000), S. 130 und **Klee, Ernst** (2003), S. 608. Schleusingen hatte vier Schaukästen, in denen der „Stürmer“ aushing, u. a. einen vor der Mittelschule in der Kirchgasse. Zeitzeugenaussage von Herrn R. (Schleusingen) am 22.10.2008. Der Inhaber der Firma „Joh. Anton Lucius“, Herr Nathusius, beschwerte sich am 24.01.1934 beim Bürgermeister Syré, dass sich der „Stürmer“ „nicht an die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung der Auflagenhöhe [hält], sodass man kein Bild über die Gesamtverbreitung hat. Immerhin ist gerade bei den Blättern dieser Art damit zu rechnen, dass sie viel von Hand zu Hand gehen und auch diese Ziffern keinen Massstab bilden würden.“ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 817/1.

¹³⁸ KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 817/1.

¹³⁹ Ebenda.

¹⁴⁰ Ebenda.

¹⁴¹ Der Schleusinger Geschäftsführer der Strumpffabrik hieß Herr Rockenstein.

¹⁴² KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 817/1.

„Strumpfkontrollen mögen im Judendeutschland von Gestern etwas Selbstverständliches gewesen sein. Im neuen Deutschland sei den Lucius-Bodenstein-Leuten geraten, sich den veränderten Verhältnissen recht bald anzupassen.“¹⁴³

Bemerkenswert ist, dass die Presse diese Angelegenheit nach Monaten wieder aufgreift, um Bewegung in das Anliegen von Hans Dunst zu bringen. Die materiellen Interessen am Alleinvertrieb der Strümpfe von Hans Dunst und sein damit verbundenes Vorgehen gegen jüdische Kaufleute sind beispielhaft.¹⁴⁴ Auch wenn nicht bekannt ist, wie sich die Geschäftsleitung der Strumpffabrik¹⁴⁵ im Weiteren verhalten hat¹⁴⁶, setzten die Nationalsozialisten ihre Vorgehensweise gegen „Müller & Schwab“ fort. Unter der Überschrift „Eine Beamtenfrau sabotiert den nationalsozialistischen Aufklärungsfeldzug“¹⁴⁷ findet sich folgender Text im „Henneberger Kreisblatt“, der hier in voller Länge wiedergegeben werden soll:

„Um einige der Volksgenossen, die durch den Einkauf beim Juden ihr Volk verraten, endgültig zu überführen, hatten sich einige SA-Kameraden mit einem Fotoapparat bewaffnet und vor dem Judenladen Müller & Schwab Aufstellung genommen. Schon waren einige Volksgenossinnen auf die Platte gebracht, da schickten sich wieder einige an, den Laden zu betreten. In diesem Augenblick trat die Frau des städtischen Polizisten Klein hinzu und rief: ‚Geht nicht rein, geht nicht rein, dort steht die SA und fotografiert euch.‘ Der SA-Obertruppführer Pg. Beck sagte darauf zu der judenfreundlichen Beamtenfrau: ‚Frau Klein, Ihr Mann ist städtischer Beamter. Wie kommen Sie dazu, sich so offen gegen die SA zu stellen und für die Juden Partei zu ergreifen?‘ Frau Klein tat darauf den klassischen Ausspruch: ‚Leck mich am A...‘ Wir stellen dazu fest:

1. Der Herr Klein und seine Familie wohnen mit zwei Judenfamilien unter einem Dach. Von einem deutschen Beamten erwarten wir Nationalsozialisten etwas mehr rassisches Sauberkeitsempfinden.
2. Herr Klein ist Polizeibeamter, also Hüter der Ordnung. Wir wundern uns, daß seine Frau noch nicht zu nationalsozialistischer Ordnung gekommen ist. Unser herzliches Beileid.
3. Frau Klein hat die aufopfernde Arbeit der SA sabotiert. Damit hat sie sich, ihrem Mann und ihrem ganzen Volk einen schlechten Dienst erwiesen.
4. Frau Klein hat eine Äußerung getan, die einer Frau als solcher wenig Ehre macht. Diese Äußerung stellt aber eine öffentliche Beleidigung dar, die umso schwerer wiegt, als sie einem Führer der SA der NSDAP entgegengeschleudert wurde.

Herr Wachtmeister Klein. Wir erwarten, daß sie inzwischen Anzeige gegen Frau Klein wegen Vergehens gegen § 2 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutze der Parteiuniform vom 20.12.34 erstattet haben.“¹⁴⁸

Der detailliert geschilderte Vorgang macht die Perversion der Anklage deutlich. Eine Frau kaufte in einem Geschäft ihrer Wahl ein und sollte am Ende von ihrem eigenen Mann angezeigt werden,

¹⁴³ Ebenda.

¹⁴⁴ Bajohr und Pohl gehen auf die „Interessenaktivierung durch Judenverfolgung“ ein und zeigen diese an Beispielen. Vgl. **Bajohr, Frank; Pohl, Dieter** (2006), S. 30–34.

¹⁴⁵ Über die Geschichte der Strumpffabrik und das Wirken der Familie Rockenstein Vgl. **Möhring, Kerstin**: Firma Rockenstein – Ein Familienunternehmen seit Generationen. In: **Möhring, Kerstin; Billeb, Helmut** (2007), S. 55.

¹⁴⁶ Der Besitzer der Strumpffabrik, Hans Jochen von Nathusius, wendete sich am 27.01.1934 an Syré, um sich für seinen Geschäftsführer Adolf Rockenstein (1867–1943) einzusetzen. Vgl. KrA Hildburghausen: 817/1. Dass die Familie Rockenstein weiteren Repressalien ausgesetzt war, davon zeugt ein Lebensbericht. Vgl. **Adolf und Joachim Rockenstein**: Niederschrift zur Gründung der Fa. Rockenstein – Joh. Anton Lucius, Schleusingen von Herrn Adolf Rockenstein. Aus meinem Leben in Schleusingen. Manuskript, Schleusingen, o. J., Kopie im Besitz der Verfasserin.

¹⁴⁷ HBK vom 26.08.1935, S. 3.

¹⁴⁸ Ebenda.

der als Polizist¹⁴⁹ tätig war. Wie selbstherrlich Schleusinger Funktionäre oder Amtsträger auftraten, beweist die Konfrontation von Beck¹⁵⁰ und Klein. Hier wurde ein Machtkampf öffentlich ausgetragen: ein SA-Mitglied kontra städtische Polizei. Mit solchen Begebenheiten¹⁵¹ erreichten die Nationalsozialisten ihr Ziel. Die jüdischen Geschäfte wurden von der nichtjüdischen Bevölkerung zunehmend gemieden. Auch auf die Privatsphäre der Familie Klein wurde keine Rücksicht genommen und der Wohnort mit seinen „besonderen“ Bedingungen der Öffentlichkeit preisgegeben. Die Kleins wohnten in der Adolf-Hitler-Straße 2 (heute Bahnhofstraße) im dritten Stock gemeinsam mit den Familien Müller und Schwab.¹⁵²

Die gesamte Kampagne, die Artikel im „Stürmer“ und im „Henneberger Kreisblatt“ und die Abschreckungsversuche durch das Fotografieren von Kunden, führte zum Erfolg. Die Einnahmen der beiden Geschäftsleute sanken und fünf Jahre später, am 18. Januar 1939, findet sich im „Henneberger Kreisblatt“ der Eintrag:

„Im Handelsregister A Nr. 351 ist bei der Firma Müller & Schwab, Schleusingen, eingetragen worden: Die Firma ist erloschen.“¹⁵³

Nach einer Zeitzeugenaussage¹⁵⁴ wurden den Familien Müller und Schwab, die Schleusingen verlassen wollten, ihre gepackten Kisten mit dem gesamten Besitz noch vor ihrer Auswanderung¹⁵⁵ in Hamburg gestohlen. Oskar Schwab sorgte nicht nur für sich und seine Frau,

¹⁴⁹ Laut KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 704/1 war Hans Klein bereits seit 1.10.1901 in Schleusingen, damals noch als Hilfspolizist, tätig.

¹⁵⁰ Hermann Beck, geb. am 13.03.1879 in Schleusingen, war Mitglied der NSDAP seit dem 5.05.1933 bis 1945. In seinem Laden wurde die NS-Frauenschaft Schleusingen gegründet. „Hermann Beck war Blockleiter und auch sonst aktiv für die NSDAP tätig. Im Kampf um Schleusingen hat er sich fanatisch für die Verteidigung der Stadt einsetzen wollen und sich bis zuletzt einem demokratischen Deutschland widersetzt.“ (Aus seiner Beurteilung bei der Gerichtsverhandlung am 9.01.1947. Als Ergebnis seiner Überprüfung wurde ihm die Erlaubnis zur Führung eines Gewerbes entzogen. Vgl. ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS Entnazifizierung Nr. 2671, S. 2 ff.) Ein weiteres Mitglied der NSDAP mit demselben Namen, Hermann Beck, geb. 5.02.1919, seit 1938–1945, Blockleiter der NSV, Mitglied der SA, wohnte ebenfalls Markt 11. Vgl. ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS ZD 9221 Akte 5, Bl. 1. Aufgrund des Geburtsjahres kann man davon ausgehen, dass Letzterer nicht in Frage kommt. Vermutlich sind sie miteinander verwandt. Alfred Beck, wohnhaft Schloßstr. 10, geb. 16.8.89, war Mitglied der NSDAP von 1938-1945. Vgl. ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS ZD 9221 Akte 5, Bl. 2. Um welchen „Pg. Beck“ es sich handelt, ist unklar. Angaben zu Mitgliedschaften und Tätigkeiten während der NS-Zeit wurden verschwiegen und so bleiben Taten ungeklärt.

¹⁵¹ Vgl. HBK vom 2.09.1935, S. 3. Hier werden Beispiele aus Rappelsdorf und Gethles angeführt, wie mit Juden umzugehen sei und dass man nicht bei Juden arbeiten dürfe.

¹⁵² Die Erwähnung, dass im Haus zwei jüdische Familien wohnen, offenbarte jedem Ortskundigen die Zusammenhänge. Zur Bestätigung, dass die Familie Klein dort wohnte: KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 677/5.

¹⁵³ HBK vom 18.01.1939, S. 4.

¹⁵⁴ Zeitzeugin Frau K. ist die Tochter einer Schleusingerin, die aushilfsweise bei „Müller & Schwab“ gearbeitet hat. Interview am 12.10.1999 in Schleusingen durch die Verfasserin.

¹⁵⁵ Vgl. Bd. 2, Anhang 6.3: Die Schicksale der letzten jüdischen Schleusingerinnen und Schleusinger.

sondern verhalf auch der vierköpfigen Familie Rosengarten aus Themar¹⁵⁶ zur Ausreise.

Die Historiker Bajohr und Pohl¹⁵⁷ gehen auf diese „Praxis der Judenverfolgung“¹⁵⁸ ein. Oft funktionierte sie nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben: Isolation und Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen Alltag funktionierte auch ohne Rechtsverordnungen.¹⁵⁹ Schleusinger mieden zunehmend das Geschäft aus Angst vor Repressalien oder aus Angst vor dem eigenen gesellschaftlichen Abseits. Hans Dunst hatte sein Ziel erreicht. Ein Konkurrent war ausgeschaltet.

Landrat Walter Sethe¹⁶⁰ wurde in einem vertraulichen Schreiben vom 19. September 1941 über die Kennzeichnungspflicht der Juden¹⁶¹ informiert. Das bedeutete, dass seit diesem Zeitpunkt auch die Schleusinger Juden vom 6. Lebensjahr an den so genannten „Judenstern“ tragen mussten. Die Namenszusätze „Sara“ und „Israel“ wurden schon seit 1938 zu ihrem eigenen hinzugefügt¹⁶². Dass auch das Verschweigen des zusätzlichen Namens und damit der eigenen Abstammung Grund für Verhaftungen war und letztlich zum Tode führen konnte, zeigt das Schicksal von Heinrich Goldschmidt. Dieser arbeitete für den Zirkus „Sidoni“, der 1939 von Erfurt nach Schleusingen kam. Auf Grund der Schließung des Zirkus’ am 1. September 1939 meldete sich Goldschmidt am 11. September 1939 in Schleusingen an und wurde als Tiefbauarbeiter bei der dortigen Stadtverwaltung eingestellt. Nach seiner Verhaftung durch die Polizei gab er an, dass er nichts von seiner jüdischen Abstammung gewusst habe, da seine Mutter sehr früh verstorben und er katholisch erzogen worden sei. Dass er aus seinem Namen den Buchstaben „d“ herausradiert hatte, begründete er mit der Unverdächtigkeit des Namens „Golschmidt“. Das einzige, von dem er Kenntnis hätte, wäre die jüdische Abstammung seines Vaters. Nach seiner Untersuchungshaft im Schleusinger Gefängnis und der Überführung ins Erfurter Gefängnis kam es zur Anklage. Ergebnis waren drei Monate Haft wegen Urkundenfälschung und unterlassener Führung des Namens „Israel“.¹⁶³ Als geradezu sarkastisch

¹⁵⁶ Vgl. Vancouver Holocaust Education Centre Archives, Manfred Rosengarten Collection. Manfred Rosengarten an Willi Förster in einem Brief vom 4. April 1985.

¹⁵⁷ Die beiden NS- und Holocaust-Forscher **Frank Bajohr** und **Dieter Pohl** entschlüsseln auf einer breiten, wenn auch kaum neuen Quellengrundlage die Mechanik des Wissens, das sich über den Genozid sowohl im Deutschen Reich als auch bei den Alliierten verbreitete. „Der Holocaust als offenes Geheimnis“ kennzeichnet das Ergebnis eines komplexen Ineinandergreifens von jedermann zugänglichen Informationen und einem breiten Schweigekonsens über die Wirklichkeit des millionenfachen Mordes.

¹⁵⁸ **Bajohr, Frank; Pohl, Dieter** (2006), S. 25.

¹⁵⁹ Ebenda.

¹⁶⁰ Mitteilung von Dr. Mocarski (ThStA Meiningen) am 14.07.2010 an die Verfasserin.

¹⁶¹ KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 671/7.

¹⁶² Vgl. Reichsgesetzblatt I 1938, Nr. 130, veröffentlicht im HKB vom 24.08.1938, Beilage. Wie bürokratisch korrekt auf der einen Seite und menschenverachtend auf der anderen das System arbeitete, zeigt sich darin, dass die Juden den Zusatznamen selbst beim zuständigen Standesamt beantragen mussten. Vgl. z. B. den Antrag von Oskar Schwab vom 4.1.01939 an das Standesamt Themar In: Stadtarchiv Themar: 68d. Schwab unterschreibt mit „Gehorsamst Oskar Schwab“.

¹⁶³ Vgl. KrA Hildburghausen: Amtsgericht Schleusingen, 131.

erscheint ein zweiseitiger Schriftwechsel im Februar 1940 zwischen dem Gefängnis Erfurt und dem Amtsgericht Schleusingen, deren Beamten sich detailliert über einen nahezu minutengenauen „Strafbeginn des Strafvollstreckungsersuchens“ streiten.¹⁶⁴ Am 23. Januar 1940 teilte die Geheime Staatspolizei dem Amtsanwalt in Schleusingen mit, dass „Goldschmidt nach Strafverbüßung einem Konzentrationslager zuzuführen [sei]“. Diese Mitteilung wurde nach Erfurt weitergereicht und Goldschmidt ins KZ Sachsenhausen überstellt. Am 18. September 1940 verstarb er angeblich an „Herzmuskelentartung“ im Alter von 43 Jahren.¹⁶⁵

Die Leser des „Henneberger Kreisblattes“ wurden regelmäßig und detailliert über die Abwanderung jüdischer Schleusinger informiert. So lobten sich aktive Nationalsozialisten am 20. September 1935 mit Berichten unter der Überschrift

„Es geht vorwärts“: „Vor kurzem meldeten sich die Juden Adamkiewicz und Gustav Daniel bei der hießigen Polizeibehörde ab. [...] Die Propaganda gegen den erbitterten Rassefeind unseres Volkes ist in Schleusingen nicht erfolglos geblieben.“¹⁶⁶

Das „Henneberger Kreisblatt“¹⁶⁷ wurde bis zum Kriegsende für antisemitische Propaganda instrumentalisiert und entsprechend der Ideale des NS gleichgeschaltet. Auffallend war allerdings einerseits, dass im Zeitraum von Ende 1936 bis zum 11. November 1938 im Lokalteil keine verunglimpfenden Artikel mehr über die Juden Schleusingens erschienen, wohingegen die antisemitische Hetze im weltpolitischen Teil konstant blieb. Andererseits gab das „Henneberger Kreisblatt“ stetig Auskunft über das zunehmende Engagement der NSDAP-Ortsgruppe. Diese organisierte antisemitische Ausstellungen¹⁶⁸, insbesondere in den Schulen, hängte einen Stürmer-Kasten vor die Mittelschule, um hauptsächlich die Schüler zu erreichen, oder veranstaltete Filmvorführungen im Schloß-Theater¹⁶⁹. Artikel im Lokalteil überschrieben mit „Nationalsozialismus ist angewandte Rassekunde“¹⁷⁰, „Die rassekundliche Arbeit setzt verstärkt ein“¹⁷¹ als Aufgabe der NSDAP Ortsgruppe Schleusingen, „Die Nürnberger Gesetze unter

¹⁶⁴ Vgl. ThStA Gotha: Amtsgericht Schleusingen, Nr. 131, Bl. 26 und 26 RS.

¹⁶⁵ Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal von Heinrich Goldschmidt.

¹⁶⁶ HBK vom 20.09.1935, S. 4.

¹⁶⁷ Der Druckereibesitzer Curt Lang, der sich sowohl für die Redaktion als auch den Druck des HBK verantwortlich zeichnete, war laut Aussage seiner Tochter (Zeitzeugenaussage von Annemarie Amm an die Verfasserin vom 6.04.1997) Mitglied der NSDAP.

¹⁶⁸ Am 8.06.1936 wurde im Schleusinger Gymnasium eine „Rasseausstellung“ des Landesamtes für Rassewesen eröffnet. „Mit kurzen und klaren Worten legte Pg. Lemm den Sinn und Zweck der Ausstellung klar. Nationalsozialismus ist angewandte Rassekunde!“ In großen Lettern prangt auf der Seite des HBK die Überschrift: „Jeder Deutsche darf nur frei'n mit dem Erbgesundheitschein!“ und der Spruch: „Mindestens zweimal besucht jeder die Ausstellung des Thüringischen Landesamtes für Rassewesen.“ (Unterstreichungen im Original) Vgl. HBK vom 8.06.1936, S. 3.

¹⁶⁹ Am 21.04.1939 wurden Sondervorführungen von „Juden ohne Maske“ und „Schwert des Friedens“ gezeigt. Die Vorführungen endeten mit der Aufführung „Deutschlands Wiederaufstieg!“. Vgl. HBK vom 19.04.1939, S. 4 und 21.04.1939, S. 4. Im Schloß-Theater wurde im Januar 1941 der antisemitische Film „Jud Süß“ gezeigt. Vgl. HBK vom 19.01.1941, S. 3 und 4.

¹⁷⁰ HBK vom 20.01.1939, S. 3.

¹⁷¹ HBK vom 8.05.1936, S. 3.

Berücksichtigung der Rassegesetzgebung¹⁷², „Der völkische Staat hat die Rasse in den Mittelpunkt des allgemeinen Lebens zu setzen“¹⁷³ belegen beispielhaft die gedankliche Stoßrichtung von Hitlers Ausgliederungspolitik in Schleusingen. Die Betonung der Rassezugehörigkeit¹⁷⁴ und die damit verbundene Zuweisung von Rassemerkmalen als unveränderliche Eigenschaften begründeten die Nationalsozialisten mit dem Anspruch, dass ein Jude niemals ein Deutscher werden könne¹⁷⁵.

Eine deutschlandweit von den Nationalsozialisten organisierte Aktion gegen die Juden¹⁷⁶ war die Reichspogromnacht vom 9. zum 10. November 1938¹⁷⁷. Diese markierte den Höhepunkt eines angeordneten und ungezügelter Terrors, der endgültig jede Möglichkeit einer dauerhaften jüdischen Existenz in Deutschland zunichte machte. Die Geschehnisse in Schleusingen lassen sich aus Zeitzeugenaussagen¹⁷⁸ wie folgt rekonstruieren: Im Vorfeld und von langer Hand geplant sollen sich SS-, SA- und NSDAP-Mitglieder in der Adolf-Hitler-Straße, heute Bahnhofstraße, getroffen haben. Ihre Marschroute war durch die bekannten Wohngebiete der Juden vorgegeben. Alle jüdischen Männer zwischen 16 und 60 Jahren sollten verhaftet werden. So holten sie Oskar Schwab (48 Jahre alt) und Karl Müller (52 Jahre alt)¹⁷⁹ aus ihrer Wohnung in der Adolf-Hitler-Straße 2, heute Bahnhofstraße 2. Der Weg führte weiter über die Burgstraße bis zum Markt. Hier hätten sich viele Schaulustige der „grölenden Menge“ angeschlossen, als diese durch die Bertholdstraße zog.¹⁸⁰ Im Haus der Familie Frankenberg gab es keinen Mann mehr, der abgeholt werden konnte, da Nathan Frankenberg bereits 1937 im Schleusinger Gefängnis zu Tode gefoltert worden war¹⁸¹. Auch die Familie Moses Götz blieb verschont, da Moses weit über 70 Jahre alt war. In der Bertholdstraße, Brauhausgasse 1 wurde der Viehhändler Theobald Götz (58

¹⁷² HBK vom 13.05.1936, S. 3.

¹⁷³ HBK vom 5.06.1936, S. 3.

¹⁷⁴ Seit Ende des 19. Jh. verbindet sich der deutsche Antisemitismus mit dem Konzept der Rasse. Da der Begriff verschiedene Strömungen des Antisemitismus zusammenführt, um den Juden in der sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Landschaft Deutschlands im 19. Jh. eine bestimmte Stellung zuzuweisen, kann der Rassebegriff als der ideologische Höhepunkt einer antisemitischen Argumentationslinie angesehen werden. Vgl. **Goldhagen, Daniel J.** (2000), S. 90. Über den Begriff „Rasse“ als Resultat des Prozesses einer Bedeutungskonstruktion Vgl. **Miles, Robert:** Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffes. Hamburg 1992, S. 95 f.

¹⁷⁵ Vgl. **Felden, Klemens:** Die Übernahme des antisemitischen Stereotyps als soziale Norm durch die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands (1875–1900). Diss., Heidelberg 1963, S. 71.

¹⁷⁶ Vgl. **Bräu, Ramona; Wenzel, Thomas (Hg.):** „ausgebrannt, ausgeplündert, ausgestoßen“. Die Pogrome gegen die jüdischen Bürger Thüringens im November 1938. Quellen zur Geschichte Thüringens, Bd. 31, Erfurt 2008, S. 103–113.

¹⁷⁷ In dieser Nacht wurden Fensterscheiben von über 7000 jüdischen Geschäften, 29 Warenhäusern und beinahe sämtliche 265 Synagogen zerstört; Morde an 91 Juden begangen und etwa 30.000 jüdische Männer verhaftet. Außerdem wurde den Juden von der NS-Regierung eine kollektive Sondersteuer in Höhe von über einer Milliarde RM auferlegt. Vgl. u. a. **Battenberg, Friedrich** (2000), Bd. 2, S. 276–281.

¹⁷⁸ Zeitzeugenaussagen u. a. von Herrn K. (Schleusingen) am 10.10.1998, Frau S. (Schleusingen) am 9.02.1996, Frau P. (Schleusingen) am 22.12.2005 an die Verfasserin.

¹⁷⁹ Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familien Müller und Schwab.

¹⁸⁰ Laut Zeitzeugenaussage von Frau S. (Schleusingen) am 9.02.1996 an die Verfasserin.

¹⁸¹ Vgl. Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal von Nathan Frankenberg.

Jahre alt) abgeholt, sein Sohn Gustav (18 Jahre alt) war bereits im KZ Buchenwald inhaftiert, seine anderen Söhne waren noch zu jung.¹⁸² In der Bertholdstraße 22 wäre noch Harry Lang im entsprechenden Alter gewesen, doch auch er war bereits seit 1935 im KZ Dachau¹⁸³ und so blieb für die Aktionisten nur noch der Familienvater der Daniels, der im 2. Stock seines Wohnhauses in der Bertholdstraße 24 wohnte. Mitglied der Waffen-SS, Erich Kunz¹⁸⁴, hatte sich anscheinend bei Aktivitäten hervorgetan, wie viele Schleusinger zu berichten wissen.¹⁸⁵ Er soll in das Wohnhaus der Familie Daniel eingedrungen sein, ohne Rücksicht auf die anwesenden Kinder zu nehmen und hätte Julius Daniel aus dem Haus geschleift, wo ein LKW gewartet hat, auf den alle Männer verladen worden seien.

Bekannt ist folgender bemerkenswerte Vorfall. Der jüdische, erst 15 Jahre alte Erich Rosengarten¹⁸⁶, der als Gehilfe bei der Familie Theobald Götz arbeitete, soll es geschafft haben, die Thora-Rolle aus der Synagoge an sich zu nehmen, um sie in Sicherheit zu bringen. Er hätte sie in einer Scheune versteckt, wäre aber dabei von Schleusingern beobachtet worden und, wie sein Bruder später einem Klassenkameraden berichtete, „verdroschen“ und gemeinsam mit den anderen jüdischen Männern abgeführt worden.¹⁸⁷ Die Nacht hätten sie in der Turnhalle in der Fischbacher Straße (heute Gelände der Firma „Kern-Technik“) verbracht. Schleusinger Schulkinder konnten am nächsten Morgen nicht zum obligatorischen Schulsport, da bewaffnete

¹⁸² Vgl. Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Theobald Götz.

¹⁸³ Vgl. Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal von Harry Lang.

¹⁸⁴ Erich Kunz wohnte zu dieser Zeit schräg gegenüber der Synagoge, Bertholdstraße 19 (Aussage von Erich Kunz am 14.10.1996 an die Verfasserin). Bei zwei verschiedenen Interviews über seine Beteiligung an nationalsozialistischen Aktionen, insbesondere in der Reichspogromnacht, wählte er eine Verdrängungsstrategie, die folgendermaßen funktionierte: In einem durchgeführten Interview von einem Schleusinger (Interview von Erich Kunz durch Herrn K. [Schleusingen] im November 1988. Zeitzeugenaussage von Herrn K. telefonisch an die Verfasserin am 21.10.2008) im November 1988 mündeten Kunz' Aussagen in die Behauptung, er habe am Fenster den Aktivitäten zugeschaut. Das von der Verfasserin selbst durchgeführte Interview acht Jahre später (Interview von Erich Kunz durch die Verfasserin am 14.10.1996 in Schleusingen) endete in der Aussage, dass die „grölende Meute forderte, man sollte vom Fenster weg“. Dieser Forderung habe er Folge geleistet. Er habe nichts gesehen und gehört. Daraus kann man schlussfolgern, dass seine Strategie darin bestand, die zeitliche Entfernung mit einer räumlichen Entfernung zu verbinden. Kunz, der seit 1987 Ehrenbürger der Stadt Schleusingen ist (Vgl. Stadtverwaltung Schleusingen: Ehrenbürger der Stadt Schleusingen, Nr. IV. D 25), war kein Unrechtsempfinden anzumerken.

¹⁸⁵ Laut Zeitzeugenaussage z. B. von Frau S. (Schleusingen) am 9.02.1996, Recherchen von Herrn K. (Schleusingen), telefonisch an die Verfasserin am 21.10.2008. Frau P. sagte während ihres Interviews vom 12.03.2010 in Schleusingen über die aktive Rolle von Kunz im NS: „Das weiß doch jeder Schleusinger“. Obwohl die Verfasserin 2008 nach einem Interview von einem Journalisten zitiert wurde, dass ein Schleusinger, „der in der Reichspogromnacht die SS durch die Stadt führte und zu dessen Geburtstag noch lange Jahre nach der Wende die Stadtkapelle stets ein Ständchen gab“, wussten anscheinend eine Vielzahl an Einwohnern sofort, von wem die Rede war. Vgl. Freies Wort vom 8.05.2008, S. 3. Leserbriefe einer Schleusingerin, die danach erschienen, verdrängen eigenes Wissen oder verweisen auf sein „Leben danach, in dem er sich für unsere Stadt hier sehr engagierte“. Die Recherchen der Verfasserin über die Täter wurden mit „Unfrieden“ in Zusammenhang gebracht. Die Schreiberin forderte die Verfasserin auf, die „Fehler des anderen zu akzeptieren“. Vgl. Freies Wort vom 24.05.2008, S. 20 und Freies Wort vom 15.05.2008, S. 20.

¹⁸⁶ Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Rosengarten.

¹⁸⁷ Vgl. Vancouver Holocaust Education Centre Archives, Manfred Rosengarten Collection. Manfred Rosengarten an Willi Förster, den 4. April 1985.

SS-Männer die Halle bewacht haben.¹⁸⁸ Im Laufe des Vormittags sollen die Verhafteten auf einen LKW gebracht, auf dem sich schon Männer aus Gleichamberg und Hildburghausen befanden und ins KZ Buchenwald abtransportiert worden sein.¹⁸⁹ Im KZ Buchenwald registrierte man ab dem 10. November 1938 ständig wachsende Neuzugänge¹⁹⁰ insbesondere durch Juden.

Am Abend des 9. November soll die gesamte Inneneinrichtung der Synagoge¹⁹¹ angezündet worden sein, die Bücher seien sofort in Flammen aufgegangen, die bunten Butzenfenster wären eingeschlagen worden und der große Leichenwagen, der im Nebeneingang stand, soll abgebrannt worden sein.¹⁹² Damit die herbeieilenden Feuerwehrleute ihrer Pflicht nicht nachkommen konnten, hätten SS-Angehörige diese ins Feuerwehr-Gerätehaus eingesperrt.¹⁹³ Noch in der späten Nacht hätten die zwei kleinen Mädchen Lieselotte und Margot Daniel auf der Straße vor dem Haus gestanden, geweint und nach ihrem Papa gerufen. Auch daran können sich noch Schleusinger, insbesondere Frauen, erinnern.¹⁹⁴ Der nächste Morgen soll einen Anblick der Verwüstung geboten haben, der vielen Einwohnern und Besuchern bis heute unvergessen geblieben ist.¹⁹⁵

Ein anderer Ort, der die Nationalsozialisten am selben Abend angezogen haben muss, war der jüdische Friedhof außerhalb der Stadt. Hier hätten SA-Mitglieder die Grabsteine umgeworfen, die Umfriedung und die Gräber verwüstet.¹⁹⁶ Zwei Tage später erfolgte eine Kurzmitteilung im Lokalteil der Tageszeitung:

„Hier in Schleusingen wirkte sich diese Empörung insofern aus, daß über Nacht die Inneneinrichtung und Fenster der Synagoge zerschlagen wurden. Die Juden (Männer) bis zu 60 Jahren sind in Schutzhaft genommen worden.“¹⁹⁷

¹⁸⁸ Zeitzeugenaussage von Herrn K. (Schleusingen) am 12.10.1999 an die Verfasserin.

¹⁸⁹ Aussage von Herrn Bernd Ahnicke (Hildburghausen) am 5.05.2008 an die Verfasserin.

¹⁹⁰ Über die Ankunft der Juden im November 1938 im KZ Buchenwald und ihren Alltag berichtet der überlebende Arzt Fritz Lettow. Vgl. **Lettow, Fritz**: Arzt in den Höllen. Erinnerungen an vier Konzentrationslager. Edition Ost, Berlin 1997, S. 79–83.

¹⁹¹ Vgl. auch **Bräu, Ramona; Wenzel, Thomas** (2008), S. 185. Aus der Zusammenstellung aus Berichten der Staatsanwaltschaften an den Oberstaatsanwalt in Jena wird für Schleusingen festgehalten, dass es Verhaftungen gab, die „Synagoge innen demoliert, Fensterscheiben eingeworfen“ wurden. Auf „besondere Vorkommnisse“ findet sich die Feststellung: „Beschädigungen unbekannt“. Vgl. auch ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, 3043, Bl. 220. Hier teilt der Landrat dem Regierungspräsidenten am 10.11.1938 mit, dass in Schleusingen „sämtl. Fenster eines auch als Synagoge benutzten, in jüdischem Eigentum stehenden Wohnhauses und die Einrichtung der Synagoge zerstört [worden sind]. Auch hier schweben die polizeilichen Ermittlungen noch. Auf Veranlassung der Staatspolizei wird weiter in dieser Nacht die im Kreise ansässigen männlichen Juden bis zum 60. Lebensjahre (Wohnorte Suhl, Schleusingen, Schwarz) in Schutzhaft genommen und forttransportiert worden.“

¹⁹² Zeitzeugenaussage von Frau S. (Schleusingen) am 9.02.1996 an die Verfasserin.

¹⁹³ Zeitzeugenaussage von Herrn P. (Breitenbach) vom 12.05.2008 an die Verfasserin.

¹⁹⁴ Zeitzeugenaussage u. a. von Frau S. (Schleusingen) am 9.02.1996 und Herrn S. am 14.10.1998 an die Verfasserin.

¹⁹⁵ Zeitzeugenaussage von Herrn S. (Schleusingen) am 14.10.1998 an die Verfasserin.

¹⁹⁶ Zeitzeugenaussage von Frau T. (Schleusingen) am 15.08.2008 an die Verfasserin.

¹⁹⁷ HBK vom 11.11.1938, S. 3.

Diese Vorgänge, die sich im gesamten Deutschen Reich abspielten, dürften auch den Bürgern von Schleusingen klargemacht haben, dass Hitler und seine Partei die völlige Vernichtung der Juden im Sinn hatte.

Dass die Pogromnacht langfristig vorbereitet worden war, zeigen die Handlungsanweisungen aus dem „Fernschreiben des Geheimen Staatspolizeiamtes an alle Staatspolizei(leit)stellen“:

„Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören [...] Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20–30 000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden [...]“. ¹⁹⁸

Daraus kann geschlussfolgert werden, dass es sich in der Pogromnacht auch in Schleusingen um koordinierte Aktionen von Nationalsozialisten gehandelt haben muss, die im Voraus geplant und durchdacht waren. Dabei haben SA- und SS-Mitglieder mehr oder weniger zusammengearbeitet – denn eigentlich sahen sie sich als Konkurrenten und Wettstreiter.

Im „Henneberger Kreisblatt“ wurde ab sofort offensiv auf eine „[P]lanmäßige Entjudung der Wirtschaft“¹⁹⁹ und die „Zwangsarisierung“²⁰⁰ hingewiesen. Der Zwangsverkauf des jüdischen Eigentums war inzwischen in vollem Gange, denn alle Schleusinger Juden wurden von sogenannten „Volksgenossen“ aus Schleusingen, Hinternah und einer aus Waldenburg/Sa. zugezogenen Familie zwangsenteignet, d. h., dass sie zwischen 1936 und 1938 ihren gesamten Grund- und Immobilienbesitz weit unter Wert verkaufen mussten.²⁰¹

Julius Daniel²⁰² wurde der Wandergewerbeschein, er verkaufte Schuhe, am 30. September 1938 entzogen. Die beschlagnahmten Schuhbestände, die zwangsversteigert werden sollten, fanden angeblich keine Käufer. Letztlich wurde ein Erlös von 30,30 Mark an Julius Daniel ausgezahlt²⁰³ - deutsche Beamtenbürokratie. Theobald Götz hatte den größten Viehhandel und einige Grundstücke sowie ein Wohnhaus mit Nebengelassen in Schleusingen. 1938 entzogen die Behörden ihm die Viehhandelserlaubnis und „zwangsarisieren“ seinen Betrieb. Nachdem er für einen Monat im Konzentrationslager Buchenwald war, kam er am 10. Dezember 1938²⁰⁴ nach Schleusingen zu seiner Frau und seinen zwei jüngsten Kindern Herbert und Siglinde zurück. Die drei älteren Kinder hatte die Familie bereits ins Ausland geschickt, der Sohn Gustav war noch im

¹⁹⁸ **Gräfe, Marlis** (2004), S. 338 f., Vgl. auch **Hilberg, Raul** (2003), S. 118.

¹⁹⁹ Vgl. HBK vom 7.12.1938, Beilage.

²⁰⁰ Ebenda.

²⁰¹ Die Familie Daniel musste ihr Haus 1936 verkaufen, die Familie Frankenberg und Justin Liebmann 1937. Die Familien Moses Götz, Theobald Götz und Lang verkauften ihr Haus, ihre Grundstücke und alle sonstigen Immobilien mit sämtlichem Zubehör 1938.

²⁰² Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Daniel.

²⁰³ Vgl. ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, 3034, S. 310 und 342 ff. Die Liste der Schuhbestände befindet sich in den Akten.

²⁰⁴ Mitteilung von der Gedenkstätte Buchenwald am 30.04.2008 an die Verfasserin.

KZ Dachau.²⁰⁵ Der nichtjüdische Freund von Theobald Götz, der Bürgermeister von Breitenbach, Oskar Müller, soll versucht haben, ihn davon zu überzeugen, das Land zu verlassen, nachdem dieser Andeutungen vom KZ Buchenwald gemacht hatte²⁰⁶. Der Gemeindevorsteher der jüdischen Gemeinde Schleusingen, Theobald Götz²⁰⁷ habe geantwortet, er sei hier geboren, er bleibe hier, und er werde hier auch sterben.²⁰⁸ Am 28. Dezember musste er sein Hausgrundstück mit Garten weit unter Wert an die Großschlächter Heinrich und Johanna Luský verkaufen.²⁰⁹ Am Ende ließen die Luskýs die Familie Götz bis zu ihrem Abtransport am 9. Mai 1942 in einem Teil ihrer einstigen Wohnung für eine Miete von 60 Mark²¹⁰ pro Monat wohnen, „die im Voraus zu zahlen ist“²¹¹. Auf diesem Wege hat ein Großschlächter somit nicht nur einen potenziellen Konkurrenten ausgeschaltet, sondern ist auch in den Besitz eines lukrativen Haus- und Stallgrundstücks zu einem äußerst günstigen Preis gekommen.

Ebenfalls Nutznießer solcher Vorgänge war die Stadt Schleusingen, denn nicht nur die Beschäftigung von Zwangsarbeitern, sondern auch die „Arisierung“ brachte Vorteile mit sich. So stellte der Bürgermeister Syrý noch vor der Rückkehr von Theobald Götz aus dem KZ Buchenwald am 5. Dezember 1938 in einer Stadtratssitzung fest:

„Bei der Liquidierung jüdischen Grundbesitzes bietet sich wahrscheinlich die Gelegenheit, aus dem Besitz des Juden Theobald Götz unbebaute Grundstücke zu günstigem Preise anzukaufen.“²¹²

Die Stadträte fassten dazu folgenden Beschluss:

„Es herrscht die Meinung, dass bei der eventuell sich bietenden Gelegenheit von der Stadt die Grundstücke anzukaufen sind, die preiswert und für die Stadt brauchbar sind. Dem Bürgermeister wird in diesem Rahmen Vollmacht erteilt.“²¹³

²⁰⁵ Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Götz.

²⁰⁶ Trotz des Verbotes an ehemalige Insassen des KZs Buchenwald, über die Haftbedingungen zu sprechen, soll Götz Bemerkungen an seinen Freund Oskar Müller darüber gemacht haben, z. B. über eine größere Summe Geldes, um sich freizukaufen. Vgl. Zeitzeugengespräch mit Herrn P. (Breitenbach), Telefonat vom 12.05.2008 mit der Verfasserin.

²⁰⁷ Der Vorsteher der jüdischen Gemeinde Theobald Götz hatte die Genehmigung für eine Gemeindefest bei der Polizei in Schleusingen beantragen müssen, worüber diese wiederum Aktennotizen anfertigten. Eine polizeiliche Aktennotiz vom 17.10.1935 befindet sich im KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 671/7. Am 16.03.1938 wurden jüdische Gemeinden, die bisher Körperschaften des öffentlichen Rechts waren, zu privaten Vereinen. Vgl. **Bräu, Ramona; Wenzel, Thomas** (2008), Einband.

²⁰⁸ Vgl. Zeitzeugenaussage von Walter P. (Breitenbach) vom 12.05.2008 an die Verfasserin.

²⁰⁹ ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 3045/1. Die Versicherungssumme für das Haus und die Stallungen betrug 1934 insgesamt 117.500 RM. Als das Anwesen an den Viehhändler Heinrich Luský verkauft werden musste, wurden im Kaufvertrag 22.000 RM als Kaufpreis angegeben. Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 800/1. Luský war Mitglied der NSDAP von 1937–1945 und Mitglied der SA. Er hatte mehrere Strafverfahren anhängig. Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 813/4.

²¹⁰ Im Vergleich dazu zahlte Syrý 1940 für seine Wohnung im Rathaus eine Miete von 45 RM (!) Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 238: Haupteinnahme-Tagebuch 1940.

²¹¹ Vgl. ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 3045/1.

²¹² KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 2175/182.

²¹³ Ebenda.

Syré erwiderte:

„Bei der sich bietenden Gelegenheit werde ich Grundstücke für die Stadt erwerben, wenn der Kauf dieser Grundstücke zweckmäßig ist und der Preis als besonders günstig angesprochen werden kann.“²¹⁴

So erwarb die Stadt am 6. Mai 1939 Grundstücke von Götz in einer Größe von insgesamt 106,34 ha für 5650 Mark²¹⁵ und verpachtete sie an Einwohner von Schleusingen und Hinternah. Es ist anzunehmen, dass sie sich heute noch in städtischer Hand befinden, denn die Überlebenden der Familie Götz haben trotz gerichtlicher Klagen weder Entschädigungen noch eine Rückgabe erwirkt.²¹⁶ Alle „Arisierungen“ von jüdischem Besitz sind immer mit Wissen und Zustimmung der Stadt genehmigt worden.²¹⁷

Aus einem Schreiben der Oberfinanzdirektion Rudolstadt geht hervor, dass Moses Götz²¹⁸ 1940 einen Antrag auf Erlassung der 5%-igen „Judenvermögensabgabe“²¹⁹ stellte, der jedoch abgelehnt und darauf verwiesen wurde, dass die „Eheleute Götz [...] daraufhin mit ihrem Vermögensteil getrennt zur Judenabgabe veranlagt“²²⁰ werden sollten. Dieses wie auch das folgende Beispiel machen deutlich, dass die sogenannten „Schreibtischtäter“ weder Interesse an einer Erleichterung der Auswanderung der Juden noch an deren weiteren Verbleib in Deutschland zeigten und somit zu Mittätern am Mord der Juden wurden²²¹. Auch die Anfrage von Theobald Götz, der sich am 23. März 1940 an den Regierungspräsidenten wandte, das zuständige Veterinäramt anzuweisen, ihm eine Bescheinigung über seine Tätigkeit als Landwirt und Züchter für seine bevorstehende Auswanderung auszustellen²²², hätte als formaler Akt von jedem Beamten ohne großen Aufwand erledigt werden können. Götz wäre unter Umständen in einem anderen Land ein problemloseres Einsteigen in seinen Beruf ermöglicht worden, aber sein

²¹⁴ Ebenda.

²¹⁵ ThHStA Weimar: Land Thüringen – Ministerium der Finanzen Akte 3714.

²¹⁶ Der Schriftverkehr zwischen Meinhard Götz und dem Ausgleichsamt Bremen vom 21.07.1958, vom 26.09.1962 und vom 26.06.1995 liegt der Verfasserin vor. Daraus geht hervor, dass die „Verluste [...] in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eingetreten [sind]. Nach § 8 Abs. 1 Satz 1 des Feststellungsgesetzes werden die dort entstandenen Verluste von der Feststellung ausgenommen. [...] Die Anträge waren daher im vollen Umfang abzulehnen.“ Vgl. Ausgleichsamt Bremen an Herrn Meinhard Götz vom 26.09.1962.

²¹⁷ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 714/3. Syré schreibt am 28.03.1939 an den Landrat in Suhl: „Im Stadtbezirk Schleusingen sind bisher keine Schwarzkäufe im Grundstücksverkehr festgestellt worden.“

²¹⁸ Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Moses Götz.

²¹⁹ Die Judenvermögensabgabe war als „Sühneleistung“ nach dem Pogrom im November 1938 durch Hitler eingeführt worden. Steuerrechtlich war sie ein Präzedenzfall, da ein bestimmter Steuersatz von vornherein festgelegt und der Steuerschlüssel danach berechnet wurde. Vgl. auch HBK vom 14.11.1938, S. 1.

²²⁰ Vgl. ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 3044.

²²¹ Vgl. **Hilberg, Raul**: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M. 1997, S. 25. Hilberg beschreibt, dass der Verwaltungsapparat selbst einen „stetigen Strom von Ideen und Initiativen“ produzierte. Vgl. auch **Goldhagen, Daniel, J.** (2000), S. 166 f. Goldhagen geht auf die unterschiedlich großen Spielräume im Umgang mit Juden von Institutionen ein, die sie selbst ausfüllen konnten. Auf S. 201 f. definiert er den Begriff des Täters und bezieht hier alle wesentlich am Mord Beteiligten vom Lokführer, Verwaltungsbeamten, kirchlichen Mitarbeiter, „Schreibtischtäter“ bis zum Lagenkommandanten ein.

²²² Vgl. ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 3034, Bl. 371 RS.

Antrag wurde abgelehnt.²²³

Am 25. Mai 1940 wurde über die verbliebene Familie Götz mitgeteilt:

„Die Auswanderung des Juden Theobald Israel Götz mit Familie nach Schanghai steht kurz vor dem Abschluß. Ein vor wenigen Tagen nach Schanghai aufgegebenes Telegramm²²⁴ mit Rückantwort, ob die Einreisegenehmigung erteilt ist, ist noch nicht beantwortet.“²²⁵

Vermutlich bekam die Familie Götz keine positive Antwort. Außerdem musste Götz, wie alle Juden in Deutschland, für jedes seiner bereits ausgewanderten Kinder eine Sonderabgabe zahlen, die sich allerdings auf einen Schätzwert des Vermögens (Immobilien, Grundstücke) und nicht auf den tatsächlichen Verkaufswert bezog. Die vier ältesten Kinder der Familie Götz waren zwischen 1937 und 1939 ausgewandert. Die am 19. Januar 1938 ausgestellten Reisepässe der Eltern Theobald und Sara und ihren beiden jüngsten Kindern Siglinde und Herbert hatten aber bereits am 18. Januar 1940, dem Zeitpunkt der behördlichen Mitteilung über eine Auswanderung, ihre Gültigkeit verloren.²²⁶ Noch zwei Monate vor ihrem Abtransport in den Distrikt Lublin²²⁷ kämpfte Theobald Götz für die Überschreibung des jüdischen Friedhofes auf die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und beantragte beim Amtsgericht Schleusingen, die erforderliche Änderung im Grundbuch vorzunehmen. Der 1. Beigeordnete Bucher²²⁸ wandte sich daraufhin am 7. März 1942 in Vertretung des Bürgermeisters Syré an den Landrat des Kreises Schleusingen mit der Aufforderung, gegen dieses Vorhaben des Vorstehers der Synagogengemeinde, Theobald Götz, Widerspruch einzulegen, mit der Begründung, dass der Friedhof „Planungsbelange“ der Stadt berühre und führte die Zahl von 11 Juden an, „mit deren Auswanderung eines Tages gerechnet werden muß“.²²⁹ Unterstützend erwiderte der Landrat, dass die Stadt „besonders geltend zu machen [habe], dass nach der allgemeinen Stellung des Staates zu den Juden von vornherein irgendwelche [sic] Rechtserwägungen [...] abwegig sein dürften“.²³⁰ Wege und Ziele der Judenpolitik, von der letztlich kein Jude verschont bleiben würde, waren im Landratsamt ebenso bekannt wie in der Stadtverwaltung. Es gab keine Veranlassung, lebende Juden anders zu behandeln als tote.

²²³ Vgl. Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Götz.

²²⁴ Vom 19.07.1940 an waren Juden als Fernsprechteilnehmer ausgeschlossen, und am 12.12.1941 wurde ein Verbot erlassen, das ihnen auch die Benutzung öffentlicher Fernsprechkzellen untersagte. Aus einem Schreiben der Geheimen Staatspolizei vom 9.12.1941 geht hervor, dass die Aufgabe von Auslandstelegrammen durch Juden nicht statthaft war. „Falls die Notwendigkeit zur Absendung eines solchen Telegramms besteht, haben sich die Juden an die zuständige Bezirksstelle der Reichsvereinigung zu wenden, die dann das Erforderliche veranlaßt.“ Vgl. KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 671/7.

²²⁵ KrA Hildburghausen: Bestand Schleusingen, 918.

²²⁶ Ebenda.

²²⁷ Vgl. Europäisches Kultur- und Informationszentrum in Thüringen (2000), S. 159.

²²⁸ August Bucher war seit 1931 Mitglied der NSDAP, seit 1933 1. Beigeordneter des Bürgermeisters der Stadt Schleusingen und führte nach dem Wehrmachtseinzug Syrés die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters. Vgl. ThHStA Weimar: NS-Archiv des MfS Entnazifizierung Nr. 6912.

²²⁹ ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 3034, Bl. 425 und 425 RS.

²³⁰ Ebenda.

Tragisch ist auch der gescheiterte Auswanderungsversuch der Familie Julius Daniel. So geht aus den Akten des ThStA Gotha hervor:

„Wegen Auswanderung des Juden Julius Israel Daniel nach St. Domingo (Südamerika) war derselbe mit Familie am 10. ds Mts. nach Leipzig zur ärztlichen Untersuchung bestellt. Durch die an diesem Tage eingetretenen Kriegsverhältnisse wurde die Untersuchung abgesagt. Es steht jedoch zu erwarten, daß die Angelegenheit in Kürze weiter bearbeitet wird.“²³¹

Die Untersuchung fand nicht mehr statt und die Familie Daniel wurde wie die Familie Götz mit ihren zwei Kindern im Ghetto Belzyce ermordet.²³²

Der letzte Hinweis aus der Akte²³³ gilt Hermann und Klara Lang, die mit seiner Schwester Lina bei der „Reichsvereinigung Antrag auf Aufnahme in ein Altersheim gestellt [haben]. Sobald in Thüringen ein solches errichtet ist, erfolgt deren Einweisung nach dort.“²³⁴ Hermann, Lina und Klara Lang wurden im September 1942 in das KZ Theresienstadt²³⁵ abtransportiert. Hermann Lang starb dort am 16. November 1942²³⁶, Klara Lang am 7. Januar 1943²³⁷ und Lina Lang am 5. Oktober 1942.²³⁸

²³¹ ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 918.

²³² Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Daniel.

²³³ ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 918.

²³⁴ Vgl. auch Bd. 2, Anhang 6.3 über das Schicksal der Familie Lang.

²³⁵ Vgl. ThStA Gotha: Landratsamt Schleusingen, Nr. 3034. Wie aus einem Schreiben des Archivs der Gedenkstätte Terezín an die Verfasserin vom 25.02.2004 hervorgeht, kam der Transport mit der Nummer XVI/1 am 20.09.1942 aus Leipzig mit 877 Personen im Ghetto an.

²³⁶ Vgl. Schreiben des Archivs der Gedenkstätte Terezín vom 25.02.2004 an die Verfasserin.

²³⁷ Vgl. Europäisches Kultur- und Informationszentrum in Thüringen (2000), S. 322 f.

²³⁸ Vgl. a.a.O., S. 323.

